



Der 20. Juli 1944 – ein Seminar der Deutschen Burschenschaft.

von Henning Roeder (Alemannia Stuttgart)

Der Burschentag 2005 hat nach vorausgehenden Diskussionen beschlossen, zum Themenkomplex 20. Juli 1944 ein Seminar zu veranstalten. Grund dafür war, daß das schwierige und sehr sensible Thema nur schwerlich in einer Debatte im großen Plenum eines Burschentages so behandelt werden kann, daß die Fakten von den emotionalen Gehalten getrennt gehalten werden können.

Der Verbandsobmann für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit, Verbandsbruder Norbert Weidner, hat es in dankenswerter Weise übernommen, das Seminar vorzubereiten und zu leiten. Die Referenten waren teils Burschenschafter, teils Externe. Einige Referate gaben Überblick, andere machten an konkreten Beispielen die Problematik und den Gewissenskonflikt deutlich, in dem sich damals einzelne Personen, oft über zermürbend lange Zeiträume, befanden. Zu dem freiwilligen Seminar fanden sich in Eisenach rund 60 Teilnehmer, Aktive und Alte Herren, zusammen, die spezifisches Interesse an der Thematik hatten. Leider muß kritisch angemerkt werden, daß die Jenaischen Burschenschaften, die im Vorfeld das Thema forciert hatten, nur durch Alte Herren vertreten waren. Durch die Anlage des Seminars mit fünf Referaten und jeweils nachfolgender Vertiefung in der Diskussion und einer abschließenden Podiumsdiskussion, die Hauptlinien der Standpunkte nochmals herausarbeiten sollte, kam es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu zwar kontroversen aber insgesamt fairen Wortgefechten.

Bei allen Nuancen, die es natürlich bei einem solch schwierigen Thema gibt, stellen sich die unterschiedlichen Grenzstandpunkte letztlich als Gewissenskonflikt dar. Auf der einen Seite das Gedenken und die Ehrung der Männer und Frauen des Widerstands, die meinten, angesichts ihrer Kenntnis einer nahezu aussichtslosen Kriegslage, mit ihrem Widerstand die totale Katastrophe für Deutschland und für das deutsche Volk abwenden zu können. Auf der anderen Seite die hohe Achtung insbesondere für die Soldaten an den Fronten und für deren Vorgesetzte, die ihrem abgelegten Eid treu ergeben waren und im besten Sinne glaubten, ihre Pflicht für das Vaterland leisten zu müssen.

Die Schlußdiskussion auf dem Podium zeigte, das Meinungsspektrum innerhalb der Deutschen Burschenschaft ist sehr breit. Es ist zwar davon auszugehen, daß nicht in jeder Burschenschaft ein dezidierter Standpunkt von jedem einzelnen Mitglied in gleicher Weise vertreten wird. Mehrfach wurde betont, daß besonders in Gewissensfragen jeder einzelne Burschenschafter die Freiheit haben muß, um selbst zum eigenen Standpunkt zu kommen. Wenn am Ende der Eindruck blieb, wie es ein Teilnehmer treffend ausdrückte, „nach dem Seminar ist vor dem Seminar“, so stellt sich die Frage, ob es dennoch einen Verknüpfungspunkt gibt, an dem sich die Standpunkte treffen können. Aus mancher Randnotiz, aus Bemerkungen und Hinweisen, die auch in Gesprächen während der Pausen in kleinem Kreis gefallen sind, kann vermutet werden, daß möglicherweise auf jeder Seite ein kausaler Zusammenhang folgender Art gesehen, vielleicht sogar unbewußt unterstellt wird: „Wenn ich den Widerstand positiv bewerte, dann werte ich den Einsatz der vielen tapfer kämpfenden Soldaten damit zwingend ab“. In umgekehrter Richtung gilt Gleiches.

Vielleicht ist dies Anregung, unter diesem Aspekt die eigene Position nochmals zu überdenken. Dabei nicht mit Absolutheit davon auszugehen, daß die ehrende Formulierung oder die besondere Hervorhebung eines Teilaspektes automatisch bedeutet, alle

entgegengesetzten Positionen würden damit vergessen oder gar abgewertet. Als Vorsitzende Burschenschaft wünschen wir uns, daß die von unseren Urvätern immer geforderte Meinungsfreiheit auch bei einem solch kontroversen Thema in gegenseitigem Respekt anerkannt bleibt. Meinungsfreiheit darf nicht zur Nagelprobe werden, wir wollen auch weiterhin gemeinsam im Verband der Deutschen Burschenschaft die burschenschaftlichen Ideale und Werte verteidigen.

Vita: Geboren 1939 in Stuttgart, aufgewachsen im württembergische Allgäu und in Stuttgart. Abitur 1958 am mathematisch-naturwissenschaftlichen Wilhelms-Gymnasium in Stuttgart. 1958 bis 1965 Studium Allgemeiner Maschinenbau mit besonderem Interesse für die Feststoff-Verfahrenstechnik an der damaligen Technischen Hochschule, der heutigen Universität Stuttgart. Abschluß als Dipl.-Ing. 1958 Eintritt in die Burschenschaft Alemannia Stuttgart. Frühzeitige Mitarbeit im Hochschulpolitischen Ausschuß, später auch im Hauptausschuß der Deutschen Burschenschaft. Seit 1991 Mithilfe bei der Wiedergründung der heutigen Aachen-Dresdner Burschenschaft Cheruscia. Derzeit Vorsitzender der Altherrenschaft der Burschenschaft Alemannia Stuttgart. Beruflich nach kurzer Phase als Entwicklungsingenieur in einem mittelständischen Unternehmen Wechsel in einen international operierenden deutschen Weltkonzern. Wechselnde Aufgabenfelder im Mutterhaus sowie bei in- und ausländischen Beteiligungsgesellschaften. Zuletzt weltweit zuständig für die Planung und Errichtung von Großanlagen bestimmter Geschäftsbereiche bzw. Geschäftsfelder des Unternehmens.

Umfeld und Selbstverständnis der militärischen Führung in der Wehrmacht

Von Mark Kleinschek (Alemannia Stuttgart)

In den ersten Nachkriegsjahren spielte die Aufarbeitung des Widerstands keine wesentliche Rolle für die Historiker. Ihre Form der Auseinandersetzung mit den Geschehnissen des Dritten Reiches beschränkte sich nur allzu oft auf die Verteufelung der Person Hitlers und einer Schuldigsprechung des deutschen Volkes.

Ein Kapitel der deutschen Geschichte wurde dabei besonders stiefmütterlich behandelt, der Widerstand. Zunächst galt es unter den Experten als selbstverständlich, daß die Deutschen geschlossen hinter Hitler standen. Erst später begann man diesem Sachverhalt mehr Bedeutung beizumessen. Hierbei erkannte man dann auch schnell die Vielzahl der einzelnen Widerstandsgruppen, die sich durch alle Schichten und Klassen zogen. In kurzer Zeit wurden Namen wie die ‚Weiße Rose‘, die ‚Scholl-Geschwister‘ oder der ‚Kreisauer Kreis‘ Inbegriffe des Widerstandes.

Doch es dauerte noch wesentlich länger bis auch eine der letzten Formen des Widerstandes zum Thema wissenschaftlichen Interesses wurde, der militärische Widerstand. Das Bild des kritischen, widerständischen Offiziers paßte nicht in das von Militarismus und Unterwürfigkeit geprägte Bild der Deutschen, das im Ausland vorherrschte. Dabei war, wie im Nachfolgenden gezeigt werden soll, eben dieser militärische Widerstand der einzige erfolversprechende.

Dieses Referat gibt einen Überblick über die Voraussetzungen für den militärischen Widerstand im 3. Reich.

Vorweg ist es jedoch hilfreich, sich die Situation des gesamten Widerstands im 3. Reich vor Augen zu führen und verschiedene Gruppierungen zu identifizieren. Mit der Machtübernahme Hitlers 1933 wird der Widerstand systematisch in den Untergrund gezwungen. Zeitgleich bilden sich aber auch in allen sozialen Schichten Widerstandsgruppen. Dabei stellen diese Systemkritiker für Ihre Schicht aber nur eine Minderheitenmeinung dar. Keiner dieser Gruppen gelingt es in den nächsten Jahren, einen wie auch immer gearteten Einfluß auf die

öffentliche Meinung in Deutschland zu gewinnen. In diesem Zusammenhang fällt immer wieder der Ausdruck vom „Widerstand ohne Volk“.

Um die Betrachtung und Bewertung zu erleichtern, kann man vier Arten von Widerstandsgruppen unterscheiden:

Die Jugend- und Studentenopposition gehört dabei zu den populärsten. Der Film über Sophie Scholl belebt diesen Trend aktuell wieder. Bezeichnend für diese Gruppe ist ihr hoher Idealismus und ihre mangelnde Reichweite. Einzelne Jugendgruppierungen sind lokal organisiert und verfügen kaum über Mittel für den Widerstand. Häufig waren diese Gruppen eher in Diskussionszirkel organisiert.

Die Kirchen als weitere Gruppe zeigen ein gespaltenes Verhältnis zum 3. Reich. Beobachtet z. B. die katholische Kirche die Entwicklung Deutschlands „Mit brennender Sorge“ (päpstliches Rundschreiben, März 1937), so kann man sich zu einer offenen Widerstandsposition gegen das NS-Regime nicht durchringen. Der Einfluß der Kirchen zeigt sich daher an einzelnen Priestern und Pfarrern, die in ihren Predigten Mißstände anprangern und mehr oder weniger offen zum Widerstand aufrufen. Zusätzlich bilden sich einige intellektuelle Kreise (z. B. „Die bekennende Kirche“). Diese Kreise arbeiten jedoch eher an Modellen für die Zeit nach dem 3. Reich, in der Annahme, ein solches Reich müsse von allein untergehen.

Auch zu erwähnen sind die vielen unorganisierten Einzeltäter und eigenständigen Gruppierungen. Die Formen des Widerstands gehen hierbei jedoch so weit auseinander, wie die gewählten Methoden. So klagt Thomas Mann in seinen BBC-Radiosendungen die Zustände in Deutschland an, während Georg Elser im Münchner Bürgerbräukeller ein Bombenattentat auf Hitler ausführt. „Die Rote Kapelle“, weltanschaulich und politisch gemischt, sucht den Kontakt zur Sowjetunion im Bestreben, den Krieg zu beenden. Ähnlich der Jugend- und Studentenopposition können auch diese Widerständler in der öffentlichen Meinung keinen Einfluß erringen. Kontaktversuche ins Ausland scheitern.

Anders stellt sich dies bei den traditionellen Eliten dar. Politiker, Industrielle, das gehobene Bürgertum und die Militärs standen lange mehrheitlich mit Sympathie dem System gegenüber. Auch wenn sich einzelne Gruppierungen schon früh bilden, gewinnen sie erst spät an Zulauf, besonders in der Wehrmacht. Im Gegensatz zu den andern Gruppen zeichnen sich die traditionellen Eliten durch Ihren Einfluß und ihre Kenntnis und Befähigung aus. Im Schulterschuß mit der oppositionellen Wehrmachtsführung verfügen sie über den Zugang zu Hitler und dem NS-Führungskader, sowie mit der Wehrmacht selber über ein Instrument zur Umsetzung politischer Ziele und Neuordnung nach einem Sturz des Systems. Verglichen mit den Möglichkeiten der anderen Gruppen läßt sich zweifellos sagen, daß einzig die traditionellen Eliten in der Lage gewesen wären, einen „Widerstand ohne Volk“ zum Erfolg führen zu können. Diese Feststellung darf nicht als Abwertung anderer Widerständler gesehen werden. Vielmehr ist sie ein Hinweis auf die Hoffnungslosigkeit von Widerstand im 3. Reich. Wenn nicht einmal die Eliten aus Wirtschaft, Politik und Militär sich dem System erfolgreich entgegenstellen können, wer dann?

Wie entwickelt sich nun der Widerstand in der Wehrmacht? Wie bereits erwähnt, entwickelt sich in den Reihen der Wehrmacht erst langsam eine Opposition. Die ersten Maßnahmen des NS-Regimes, speziell der Ausbau der Wehrmacht, stoßen auf breite Zustimmung. Ebenso kommt den patriotisch geprägten Offizieren das Programm eines wiedererstarkenden Deutschland entgegen. Nur vereinzelt kritisieren Offiziere diesen Wiederaufbau, da sie eine

Kriegsabsicht Hitlers befürchten. Diese Einschätzung wird jedoch in Offizierskreisen nicht geteilt. Die Vereidigung der Wehrmacht auf die Person Hitlers und Hitlers Rolle als Oberster Befehlshaber schweißen die von Tradition, Stolz, Ehrgefühl und Pflichtbewußtsein geleiteten Offiziere an das NS-Regime.

Zusätzlich machen diese Maßnahmen speziell die Person Hitler nicht nur zu einem Soldaten, sondern auch zum Vorgesetzten. Besonders dieser Punkt ist für die Betrachtung des militärischen Widerstands von besonderer Bedeutung. Denn die Auflehnung gegen einen Vorgesetzten war und ist die größte ethische Problematik für einen Soldaten. Verstärkt wird dieser Punkt dadurch, daß Wehrmachtsoffiziere keine „Staatsbürger in Uniform“ waren. Dieses Konzept kennen wir erst seit der Bundeswehr. Vielmehr verstanden sich Wehrmachtssoldaten als unpolitisch. So schenkten sie der politischen Entwicklung in Deutschland auch lange Zeit keine Beachtung.

Diesen begünstigenden Faktoren standen aber auch jene gegenüber, die es dem NS-Regime erschwerten, weitreichend in die Struktur der Wehrmacht zu wirken. Genau diese Punkte bilden später den Boden für Widerständler.

Zunächst zu nennen ist der innere Zusammenhalt, der in einer Armee herrscht. Verrat und Denunziantentum waren verpönt und wurden wie Feigheit oder Ehrlosigkeit bewertet. Dies erschwerte, nahezu verhinderte, die Arbeit der Gestapo und führte dazu, daß die sich bildende Widerstandsfront bis zum Attentat selbst unentdeckt blieb, obwohl eine große Anzahl von Offizieren involviert war. Auch wenn die genaue Zahl nicht hinreichend belegt werden kann, konnten die Gerichte die vielen Angeklagten bis zum Ende des Krieges gar nicht aburteilen. Allein ca. 200 Offiziere, die in direkter Verbindung mit den Putschisten standen, verloren das Leben. Weiterhin bestand auch in der Wehrmacht eine spezielle Fürsorgepflicht des Vorgesetzten gegenüber seinen Untergebenen. Sozusagen im Gegenzug zur einzufordernden Treue des Untergebenen konnte dieser erwarten, von seinem Vorgesetzten nach Maßgaben militärischer Notwendigkeit eingesetzt zu werden. Diese Form militärischer Fürsorge zwingt vor allem Militärführer dazu, eine Interessenabwägung zwischen dem Wohl ihrer Untergebenen und dem Willen ihrer Führung vorzunehmen. Im grundsätzlichen Vertrauen auf die höhere Führung, fällt diese Entscheidung entsprechend einfach. Aber eben nur solange diese Vertrauensbasis existiert.

Und genau diese Vertrauensbasis beginnt in den Kriegsvorjahren und speziell während des Kriegs zu bröckeln. Die Pläne Hitlers bleiben nach der Machtergreifung zunächst ein Thema der Generalität. Die Zusage Hitlers im Umfeld des „Röhm Putsches“ (30. Juni bis 2. Juli 1934), die Wehrmacht bleibe der einzige Waffenträger im Reich, bricht Hitler schon wenige Wochen später mit der Erlaubnis an die SS, eigene bewaffnete Verbände aufzustellen.

Dennoch wird diesem Bruch der Zusage zunächst weniger Beachtung geschenkt. Ein erstes wesentliches Zeichen des Umgangs Hitlers mit der Wehrmacht ist die Absetzung der Hitlerkritischen und in der Truppe geachteten Generäle Blomberg und Fritsch (Februar 1938). Hitler nutzt die Gelegenheit zur Entmachtung der Wehrmachtsführung und zur gezielten Vorbereitung des Kriegs: Das neugeschaffene Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unter Leitung von Wilhelm Keitel, der Hitler treu ergeben ist, tritt an die Stelle des Kriegsministeriums.

Generaloberst Ludwig Beck, von dem später noch die Rede sein wird, versucht daraufhin ein gemeinsames Vorgehen der Generalität gegen die Kriegsplanungen Hitlers zu organisieren. In der Krise um die Tschechoslowakei bereitet er die Absetzung Hitlers im Falle des

Kriegsausbruchs vor. Durch das Münchner Abkommen scheitern jedoch die Planungen für den Putsch. Daraufhin tritt Beck zurück und wird kurz darauf aus der Wehrmacht verabschiedet (August 1938). Besonders der freiwillige Austritt eines weiteren anerkannten und beliebten Generals sorgt für Zweifel unter den Offizieren.

Mit Ausbruch des Kriegs mehrt sich der Unmut unter den Soldaten. Die Besetzung von Holland und Belgien ohne Kriegserklärung gilt den Offizieren als ehrlos. Ebenso der Umgang mit der Zivilbevölkerung der Feindländer und der Umgang mit Kriegsgefangenen. Diese generellen Mißachtungen bestehender, internationaler Abkommen stellt die Soldaten der Wehrmacht vor eine erste Gewissensentscheidung. Ein Sieg um jeden Preis entspricht nicht dem militärischen Ehr- und Selbstverständnis. Sicherlich mag auch gerade bei den Offizieren an der Front die Befürchtung eine Rolle gespielt haben, daß man von den Feinden so behandelt wird, wie man die eigenen Gefangenen behandelt.

Den wesentlichen Anstoß zum Umdenken in der Wehrmacht bilden die Durchhaltebefehle in der Schlacht um Stalingrad (Anfang 1943). Diese Befehle waren ein deutlicher Bruch der Fürsorgepflicht und entsprangen keinerlei militärischer Notwendigkeit. Dieses Vorgehen gegen die eigenen Truppen schockierte viele Soldaten, die sich von Ihrer Führung verraten fühlten.

Blieb es bei den vorangegangenen Punkten, aufgrund ihrer eher politischen Natur, bei Diskussionen in der höheren Truppenführung, stellen die Durchhaltebefehle einen für alle Soldaten verständlichen Bruch militärischer Tradition dar.

Dieser Verlust des Vertrauens in die Führung Hitlers ebnet den Weg für den militärischen Widerstand.

Aber die Schlacht von Stalingrad ist auch ein deutliches Zeichen des sich wendenden Kriegsverlaufes. Auch wenn der Unmut der Soldaten steigt, kann sich ein weitgreifender Widerstand erneut nicht etablieren. Viele Soldaten empfinden es gerade jetzt als Ihre Pflicht, Deutschland gegen die anrückenden Feinde zu verteidigen.

Dieser Konflikt kann als grundlegend für die zweite Kriegshälfte angesehen werden. Gilt es nun, in einer zunehmend hoffungslosen Lage zu retten, was zu retten ist oder gilt es, sich für einen wagen Putschversuch einzusetzen?

Noch weit bevor sich der Unmut gegen die Führung Hitlers in der Wehrmacht etabliert, arbeiten die Personen des militärischen Widerstands an den Plänen für eine Machtübernahme. Nachfolgend werden zwei Personen beleuchtet: Admiral Wilhelm Canaris und Generaloberst Ludwig Beck.

Diese werden beispielhaft für die vielen anderen Träger des militärischen Widerstandes erwähnt. Admiral Canaris, einer der ranghöchsten Widerständler, und Generaloberst Beck, der bereits 1938 die Wehrmacht verläßt und eine wesentliche Brücke zwischen den zivilen und militärischen Eliten darstellt.

Ein Widerstandszentrum in der Wehrmacht war die Abteilung militärische Abwehr unter Admiral Canaris, der auch die Aktivitäten seines Stabschefs, Generalmajor Hans Oster, deckte. Seit der „Sommerkrise“ 1938 arbeitete Oster mit Ludwig Beck, Franz Halder und Erwin von Witzleben an Putschplänen, um sich Hitlers Kriegsabsichten entgegenzustellen und diesen gegebenenfalls zu verhaften.

Die Putschpläne, Bezeichnung „Walküre“, wurden offiziell als Pläne zur Niederwerfung eines möglichen Aufstandes ausländischer Zwangsarbeiter getarnt.

Dieses Szenario war zwar an sich äußerst unwahrscheinlich, doch traute gerade Hitler gegen Kriegsende niemandem mehr und ließ Admiral Canaris die Pläne ausarbeiten.

Admiral Canaris nutzte seine Position auch aktiv zum Widerstand. So protestierte er gegen die Erschießung russischer Kriegsgefangener und ermöglichte zahlreichen Verfolgten die Flucht.

Admiral Canaris lehnte ein Attentat auf Hitler ab. Dieser Punkt in den Plänen war generell lange Zeit umstritten unter den Widerständlern. Die Gegner befürchteten, die Person Hitler könnte zu einem Mythos werden und eine Neuordnung überschatten.

Die Befürworter sahen in Hitlers Tod die einzige Möglichkeit, die Wehrmacht von ihrem Eid zu entbinden und damit für die Seite des Widerstands zu gewinnen.

Admiral Canaris wird drei Tage nach dem Attentat verhaftet. Informationen, die bei anderen Widerständlern gefunden wurden, belasten ihn.

Er wird am 9. April 1945, kurz vor dem Einrücken der amerikanischen Truppen, gemeinsam mit Oster und Dietrich Bonhoeffer im Konzentrationslager Flossenbürg (Oberpfalz) von Angehörigen der SS gehängt.

Generaloberst Beck gehört zu den vielschichtigsten Personen in den Reihen des militärischen Widerstands. Er wendet sich offen gegen die Kriegspläne Hitlers und tritt, wie bereits erwähnt, 1938 aus der Wehrmacht aus. Er entwickelt zuvor einen Putsch-Plan und bleibt auch nach seinem Ausscheiden in regem Kontakt mit seinen ehemaligen Kameraden. Er lehnt zwar den Krieg ab, nicht jedoch die totalitäre Staatsführung. Dennoch baut er den Kontakt zu zivilen Widerstandsgruppen der traditionellen Eliten auf, speziell der republikanischen Gruppe um Carl Friedrich Goerdeler, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Leipzig. Mit diesem entwickelt Beck mehrere Entwürfe einer Regierung nach dem Putsch. Da er in einigen dieser Entwürfe als Regierungschef geplant ist, taucht immer wieder der Vorwurf der Vorteilsnahme auf.

Diese Ansicht muß jedoch kritisch betrachtet werden, da Beck aufgrund seiner hohen Bekanntheit durchaus geeignet erscheint. Zudem war er durch seinen Austritt aus der Wehrmacht vom System „unbelastet“.

Beck wird noch in der Nacht vom 20. Juli 1944 gefangengenommen. Während seine Mittäter sofort hingerichtet werden, bekommt er die Möglichkeit zum Selbstmord. Ein Umstand der auf makabere Weise als Privileg angesehen werden muß. Das dieses Privileg einem Mann zuteil wird, der seit fast 6 Jahren und damit während des gesamten Kriegsgeschehen nicht in der Wehrmacht war, unterstreicht die besondere Rolle Becks.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der militärische Widerstand in seiner Zusammenarbeit mit anderen traditionellen Eliten die wichtigste Widerstandsbewegung im 3. Reich darstellt, beurteilt nach einer möglichen Erfolgsaussicht.

Auch wenn die zentralen Personen ihre Tätigkeit im Widerstand bereits vor Kriegsbeginn aufnehmen, gelingt es Ihnen erst spät, eine breitere Anzahl Kameraden für sich zu gewinnen. Eine Unterstützung vom Ausland ist zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu erreichen. Es scheint, daß die Widerständler vom 20. Juli 1944 „... in einer schon verzweifelten Situation das Letzte gewagt haben, um Deutschland vor dem völligen Untergang zu bewahren ...“ (General Friedrich Olbricht, Chef des Allgemeinen Heeresamtes und führender Verschwörer, in der Nacht des Attentates).

Es kennzeichnet die Tragik der Situation, daß die Soldaten, die sich gegen den Widerstand entschieden, dieselbe Begründung angeführt haben werden.

Vita: Geboren 1974 in Leverkusen. Produkt-/Projektmanager in der Logistik. Nach dem Abitur Eintritt in die Bundesluftwaffe, Offizierausbildung. 1994-96 Mitglied des wehrgeschichtlichen Instituts der Bundeswehr in München. 1997 Eintritt in die Burschenschaft Alemannia Stuttgart. Studium des Maschinenwesens. Freiwillige Wehrübungen bei der Bundeswehr, u.a. am Zentrum für Innere Führung. Seit Besuch der Offizierschule der Luftwaffe 1994 Beschäftigung mit dem militärischen Widerstand.

Hermann Kaiser und Karl Sack – Zwei Burschenschafter im engeren Kreis des Widerstands

von Peter Kaupp (Arminia auf dem Burgkeller Jena)

Um es gleich und deutlich den folgenden Ausführungen voranzustellen: es geht hier nicht darum, *die* Deutsche Burschenschaft als den wohl „politischsten“ Korporationsverband vom Vorwurf, sich früh und nachhaltig für den Nationalsozialismus begeistert zu haben, reinzuwaschen und in den Widerstand zu integrieren. Es geht auch nicht darum, jede unbedachte Kritik einzelner, vor allem junger Bundesbrüder am Nationalsozialismus oder an Hitlers Kriegsführung für den Widerstand zu vereinnahmen – obwohl die unerbittliche Härte (bis hin zu Todesurteilen, wie sie etwa meinen Bundesbruder Paul Oswald traf), mit der die Justiz damals darauf reagierte, für den nationalsozialistischen Unrechtsstaat symptomatisch war. Wenn Jenaer Burschenschafter eine Hitlerbüste demolierten und in die Saale warfen oder Heidelberger Corpsstudenten in einer Gastwirtschaft laut darüber nachdachten, wie der Führer wohl Spargel isst, kann man das kaum dem Widerstand zuordnen, wengleich derartiger studentischer Unfug den Machthabern einen willkommenen Anlaß mehr zu einer massiven Kampagne gegen die „verrohten feudalen“ Korporationen bot, die schließlich das Ende der Korporationen einleitete.

Aber wir müssen mit der schweren Hypothek leben, daß im dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte Burschenschafter auf Seiten der Täter u n d der Opfer standen. Etwa Heinrich Himmler (1900-1945, P. C. Apollo-München 1919) und Ernst Kaltenbrunner (1903-1946, Arminia-Graz 1922) auf der einen und Rudolf Breitscheid (1874-1944, Arminia-Marburg 1894), Sozialdemokrat und Reichstagsmitglied, 1944 im Konzentrationslager Buchenwald umgekommen, auf der anderen Seite. Es gab Burschenschafter, die früh vor dem Nationalsozialismus gewarnt und solche, die im Widerstand gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat ihr Leben opferten. Daneben gab es natürlich auch Burschenschafter, die von Anfang überzeugte Nationalsozialisten waren und entschieden *gegen* den Widerstand Stellung nahmen. Dazu gehörte z. B. Hans Wilhelm Hagen (Teutonia Zürich 1926, Teutonia Berlin 1929, Märker Berlin 1950, Arminia-München EM 1962), der als Ordonnanzoffizier im Stab des Berliner Wachbataillons „Großdeutschland“ am 20. Juli 1944 den direkten Kontakt von Major Remer zu Goebbels herstellte und damit maßgeblich zum Scheitern des Attentats auf Hitler beitrug.

Wie große Teile des deutschen Bildungsbürgertums, einschließlich der Professoren und des Militärs, standen auch viele Burschenschafter nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem Versailler Friedensdiktat der Weimarer Republik skeptisch, ja ablehnend gegenüber und zeigten gegenüber dem Nationalsozialismus zumindest anfangs große Sympathien, zumal die neuen Machthaber zunächst durchaus wirtschaftliche, diplomatische und außenpolitische Erfolge aufweisen konnten. Und es sei nicht vergessen, daß sich unter denjenigen, die sich am Widerstand und an dem mißlungenen Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt hatten, auch solche befanden, die anfangs begeisterte Nationalsozialisten waren und als solche Karriere gemacht hatten. Aber es gab auch Burschenschafter, die früh und mutig vor dem Nationalsozialismus gewarnt, ja den Weg zum aktiven Widerstand gefunden hatten.

Zu den wenigen renommierten deutschen Wissenschaftlern, die schon früh vor den Gefahren des heraufziehenden Nationalsozialismus gewarnt haben, gehörten zwei zumindest in ihrer zweiten Lebenshälfte eher der bürgerlichen Linken zuzurechnende Professoren: der Historiker Friedrich Meinecke (1862-1954, 1882-1923 Saravia-Berlin, bzw. Vorgängerverbindung Colonia-Berlin) und der Soziologe Ferdinand Tönnies (1855-1936, Arminia auf dem

Burgkeller 1872). Auch „Österreichs größter Historiker“ (Hans Mommsen), Heinrich Ritter von Srbik (1878-1951, Gothia-Wien 1899), obwohl nie Mitglied, so doch anfangs durchaus Sympathisant der Nationalsozialisten, ging nach dem „Anschluß“ Österreichs auf Distanz zu den neuen Machthabern, half prominenten verfolgten Juden und stand in Kontakt zu Karl Goerdeler, was ihm nach dem 20. Juli 1944 Hausdurchsuchungen und drohende KZ-Haft einbrachte.

Zu den wenigen, aus *heutiger* Sicht vielleicht zu wenigen Burschenschäftern, die den Weg in die Führung des aktiven Widerstands fanden und dafür in Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet wurden, gehörten der Wiesbadener Studienrat und Hauptmann a. D. Hermann Kaiser (Alemannia auf dem Pflug-Halle 1903) und der Heeresrichter Dr. Karl Sack (Vineta-Heidelberg 1914). „Wenn es unter den Verrätern des 20. Juli überhaupt eine Steigerung an Gemeinheit geben kann“, so führte der berüchtigte Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. Freisler, in seiner Urteilsbegründung aus, „so ist einer der gemeinsten Hermann Kaiser. Dreimal hat er unserem Führer den Eid geleistet: als Beamter, als Parteigenosse und als Offizier. Diesen Eid hat er schmähslich gebrochen ... Er ist Komplize der Verräter Graf von Stauffenberg und Goerdeler“. Am 23. Januar 1945 wurde er zusammen mit neun anderen – unter ihnen Helmuth James Graf von Moltke und Theodor Haubach vom Kreisauer Kreis sowie Erwin Planck, Sohn des bekannten Physikers und Nobel-Preisträgers Max Planck – in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Hermann Kaiser wurde am 31. Mai 1885 in Remscheid als Sohn eines Realschul-Oberlehrers und späteren Provinzialschulrats geboren. Mit seinen Geschwistern verbrachte er seine Jugend in Wiesbaden und Kassel. Die politische Gedankenwelt des Elternhauses war nationalliberal und vom Vorbild Bismarcks geprägt. Kaiser studierte in Halle und Göttingen Mathematik und Physik, daneben – bezeichnend für die Vielfalt seiner Interessen – Geschichte und Kunstgeschichte. Wie vor ihm sein Vater und sein Onkel wurde auch er in Halle Mitglied der Burschenschaft der Pflüger. Nach Studienabschluß 1912 war er bis zu seinem frühen Tod 1945 Oberlehrer und später Studienrat an der Wiesbadener Oranienschule. Diese Tätigkeit wurde nur durch seine Teilnahme am Ersten Weltkrieg (in dem er früh zum Leutnant befördert und mehrfach ausgezeichnet wurde) und am Zweiten Weltkrieg unterbrochen. Als Lehrer war er bei seinen Schülern außerordentlich beliebt – nicht zuletzt wegen seiner Gabe, „trockene“ Geschichte faszinierend zu vermitteln. Kollegen und Schülern blieb nicht verborgen, daß er der Weimarer Republik zunächst ablehnend, später noch immer skeptisch gegenüberstand. Der nationalsozialistischen Bewegung brachte Kaiser – wie viele Deutsche und spätere Widerstandskämpfer – anfangs deutliche Sympathien entgegen. Insbesondere mag es die von den Nationalsozialisten beschworene „Wehrhaftmachung“ des deutschen Volkes gewesen sein, die 1933 zu seinem Eintritt in die NSDAP führte.

Die Wandlung seiner Einstellung zum Nationalsozialismus wurde jedoch schon durch die Niederschlagung des angeblichen Röhm-Putsches (30. Juni/1. Juli 1934) eingeleitet, bei dem unter Hitlers persönlicher Leitung neben der SA-Führung auch konservative Gegner und sonstige politisch mißliebige Persönlichkeiten liquidiert wurden. Im Kreise seiner Angehörigen und Freunde hat er wiederholt seinen Abscheu über diese Morde zum Ausdruck gebracht. Ihm wurde bald klar, daß Hitler sich der preußisch-deutschen Tradition nur als Instrument für seine Politik bediente und zwischen den Zielen Hitlers und denen eines Stein oder Scharnhorst ein unüberbrückbarer Gegensatz bestand. Auch in seiner Schrift „Gedanken über Reformen des Erziehungswesens“, in der er u. a. die Methode anprangerte, „propagandistisch aufgetriebene, unverdaute Halbwahrheiten als Weltanschauung dem Volke einzutrichtern“, wird die Ablehnung des Nationalsozialismus deutlich. 1939 einberufen, schrieb er empört schon im Januar 1940, vielleicht unter dem Eindruck der ihm bekannt

gewordenen Greuel, die der Wehrmacht in Polen folgten: „Habe oft eine unbändige Kraft, mit Mut die Wahrheit zu sagen. Ein Leben ohne Wahrheit ist schlimmer als Sklaverei. Wie tief viele Menschen gesunken sind, ist kaum zum Bewußtsein gekommen“.

Mehrere Gespräche, die Kaiser 1940/41 mit Friedrich Meinecke führte, bestätigten ihn in seinem Widerstand gegenüber dem Nationalsozialismus. Während des Zweiten Weltkriegs wirkte er zunächst als Oberleutnant d. R., dann als Hauptmann d. R. an einer zentralen Schaltstelle des Widerstands in Berlin. In der äußerlich ziemlich unscheinbaren Position eines Kriegstagebuchführers (seit Juni 1940) beim Befehlshaber des Ersatzheeres im Oberkommando des Heeres (OKH) stand er in engem Kontakt zu Beck, Goerdeler, Graf Stauffenberg u. a. führenden Persönlichkeiten des Widerstands. Er wirkte als „Vermittler zwischen militärischem und zivilem Widerstand“ (von Roon). Seine verschlüsselten, leider nur z. T. erhaltenen Tagebücher vermitteln sehr interessante Aufschlüsse über die politischen und militärischen Vorgänge jener Jahre. Nach Kaisers Meinung war der Krieg schon im September 1941 nicht mehr zu gewinnen. Es müsse der Versuch zu einem sofortigen Verständigungsfrieden gemacht werden, um Deutschland vor einer Katastrophe zu retten (Tagebucheintragung vom 11. September 1941). Unter dem Datum vom 18. Oktober 1941 vertraut er dem Tagebuch seine Empörung über die Behandlung von Juden an („Gewaltakte von Verbrechern“).

Kaisers Dienststelle entwickelte sich bald zu einem der wichtigsten Zentren der Widerstandsbewegung in Berlin. Bald rang auch er sich zu der Entscheidung durch, daß die gewaltsame Beseitigung Hitlers die notwendige Voraussetzung für das Gelingen eines Staatsstreiches sei. Der Entwurf eines Aufrufs an die Wehrmacht, der beim Gelingen des Staatsstreichs über den Rundfunk verlesen und in der Presse veröffentlicht werden sollte, stammte von Kaiser. Die eigentliche Initiative mußte jedoch von militärischer Seite kommen. Die Dienststelle des Befehlshabers des Ersatzheeres wurde zum Aktionszentrum für die Vorbereitung des Staatsstreichversuches vom 20. Juli 1944. In Kaisers Dienstzimmer trafen sich Graf Stauffenberg und Goerdeler zum ersten Mal. Seine Aufgabe war es, die Verbindung zwischen Goerdeler und von Stauffenberg aufrechtzuerhalten. Auch an den unmittelbaren Vorbereitungen des Attentats war er beteiligt. Er war bis zuletzt der Berliner Vertreter und Vertrauensmann Goerdelers beim Militär. Kaiser spielte, wie es in einem späteren Bericht der Partei-Kanzlei an Reichsleiter Bormann vom 18. Januar 1945 über die Hauptverhandlung gegen Kaiser hieß, „den dienstfertigen Lakai zwischen Stauffenberg und Goerdeler und stellte sein Dienstzimmer für Besprechungen dieser beiden zur Verfügung ... Er [war] mit allen Gedanken und Wünschen bei dem Meuchelmörder“. Bezeichnend für Kaisers Position im Widerstand ist, daß ihm Goerdeler das Amt eines zukünftigen Kultusministers anbot. Kaiser lehnte dies ab. Auf Goerdelers Regierungsliste war er als Staatssekretär im Kultusministerium und als Verbindungsoffizier zum Wehrkreis XII (Wiesbaden) vorgesehen.

Die Meldung vom gescheiterten Attentat am 20. Juli 1944 hörte Kaiser bei einer Familienfeier in Kassel am Radio. Am frühen Nachmittag des 21. Juli wurde er dort von der Gestapo verhaftet. Er selbst wurde mit Handschellen gefesselt zunächst nach Wiesbaden, wo man in seiner Wohnung Beweismaterial suchte, dann zur Vernehmung in das Reichssicherheitshauptamt nach Berlin gebracht und später in die Lehrter Straße verlegt. Unglücklicherweise wurde bei ihm die Denkschrift Goerdelers „Das Ziel“ und ein Tagebuch sichergestellt, „das jeweils unter Decknamen alle die Personen verzeichnet, die nach gelungenem Putsch herangezogen bzw. als Gegner ausgeschaltet werden sollten“ (SD-Bericht vom 26. Juli 1944). Aufgrund dessen wird Kaiser schon kurz nach der Verhaftung „als einer der wesentlichen geistigen Hintermänner des Anschlags“ (SD-Bericht vom 30. Juli 1944) bezeichnet. Als „wichtiger Zeuge“ wurde er erst Mitte Januar 1945 zusammen mit

Mitgliedern des Kreisauer Kreises dem Volksgerichtshof vorgeführt, der am 17. Januar das Todesurteil fällte. Am 23. Januar 1945 wurde er aus dem Gestapo-Gefängnis nach Plötzensee gebracht und dort hingerichtet. Fabian von Schlabrendorff, der ihn noch im Gefängnis besucht hatte, bezeugt es: „Hermann Kaiser war bereit, die Konsequenzen aus seiner Haltung zu ziehen. Er ging mit unerschütterlicher Ruhe und innerer Festigkeit in den Tod.“

„Meine Gespräche mit Kaiser“, berichtet Meinecke 1946 in seinen „Betrachtungen und Erinnerungen“, „gehören zu den innerlich erregendsten meines Lebens“. Für ihn war Hermann Kaiser „ein glühender Idealist, eine tief religiöse Natur, die das Hitlertum als Sünde wider Gott empfand“. Preußentum als Gesittung und Haltung, nicht als Kadavergehorsam und Militarismus, das war für Kaiser die Maxime seines Lebens. Für ihn umfaßte das Pflichtenethos des Kantischen Imperativs auch die Opferbereitschaft bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens. „Er war ein Bekenner, ein tapferes Herz“, urteilte der Schriftsteller Ernst Wiechert in seiner Gedächtnisrede am 27. Januar 1946 über Hermann Kaiser. „Er hielt zur Wahrheit statt zum Schweigen, zur Freiheit statt zum dumpfen Gehorsam, zur Menschenwürde statt zum Sklaventum“. Daß sein Widerstand *auch* burschenschaftlichem Geist entsprang, geht aus dem unveröffentlichten fragmentarischen „Brief an einen Patrioten“ hervor, den er angesichts der Luftangriffe auf Mainz im August 1942 schrieb. Nach dem Ende der Zerstörungen sollen die „noch vorhandenen edelsten Kleinodien“ erhalten werden als „Ansporn für eine ehrbares Leben im Geiste der Ideale: Ehre Freiheit, Vaterland“.

Dies könnte auch die Devise für das Leben und Handeln von Dr. Karl Sack gewesen sein, der – an allen Plänen des militärischen Widerstands maßgeblich beteiligt und seit 1. Mai 1944 „Chefrichter des Heeres“ – in zahlreichen Fällen der nationalsozialistischen Terrorjustiz entgegenzuwirken und zumindest im Bereich des Heeres rechtsstaatliche Zustände zu erhalten suchte. Wie Hermann Kaiser fand er als überzeugter Christ, Burschenschafter und Offizier den Weg zum Widerstand. Am 9. Juni 1896 im rheinhessischen Bosenheim als Sohn eines Pfarrers geboren, besuchte er humanistische Gymnasien in Bad Kreuznach und Friedberg/Hessen und begann 1914 in Heidelberg mit dem Studium der Rechtswissenschaften. Dort wurde er Mitglied der Burschenschaft Vineta, zu der er sich zeitlebens bekannte. Als Chef des Heeresjustizwesens bezeichnete sich Sack später gegenüber dem bedeutenden Strafverteidiger Dietrich Wilde-Güstrow (Franconia-Berlin 1927, Märker Berlin 1950) – bekannt durch sein Buch „Tödlicher Alltag. Strafverteidiger im Dritten Reich“ (1981) – als Burschenschafter, für den der Wahlspruch der Urburschenschaft „Gott, Ehre, Vaterland“ (richtig: Ehre, Freiheit, Vaterland P. K.) gelte. Als Kriegsfreiwilliger wurde der Leutnant d. Res. im Ersten Weltkrieg mehrfach ausgezeichnet. Noch unter schweren Verwundungen leidend, nahm er 1918 in Frankfurt, danach in Gießen das juristische Studium wieder auf. Nach Studienabschluß (1920), Promotion und Staatsexamen (1922) führte ihn sein Berufsweg zunächst in den hessischen Justizdienst. Seine mutige Haltung im Kampf gegen die rheinischen Separatisten als Richter am Amtsgericht in Ober-Ingelheim im März 1923 nötigte selbst dem französischen Kreisdelegierten Jean Vermeil Respekt ab. Durch das außenpolitische Programm des Parteiführers und Reichsaußenministers Dr. Gustav Stresemann (Neogermania-Berlin und Suevia-Leipzig) beeindruckt, wurde er Anfang 1926 Mitglied der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). 1930 wurde Sack Landgerichtsrat in Mainz und gehörte dort dem Vorstand der DVP an. Wie schon zuvor als Oberamtsrichter in Schlitz bekämpfte er die Nationalsozialisten öffentlich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Als nach der Machtergreifung seine Lage schwierig wurde, trat er 1934 in den Dienst der Heeresjustiz – damals noch die einzige Körperschaft im Staate, die dem direkten Einfluß der Partei weitgehend entzogen war. Dort machte der begabte Jurist rasch eine glänzende Karriere: 1935 Kriegsgerichtsrat, 1936 Oberkriegsgerichtsrat, 1937 Ministerialrat im Reichskriegsministerium und 1938 Reichskriegsgerichtsrat. Dabei blieb die Haltung Sacks

gegenüber dem Nationalsozialismus unverändert feindlich. Es ist belegt, daß er nach dem Röhm-Putsch vom Juni 1934 von den Nationalsozialisten als einer „Verbrecherhorde“ sprach. Als Urkundsbeamter und Mitglied der Untersuchungsgruppe hatte er 1938 über seine Amtspflichten hinaus maßgeblichen Anteil an der mutigen Aufklärung der von den Nationalsozialisten gegen den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Fritsch, inszenierten Verleumdung, die in Wirklichkeit auf eine Entmachtung des Heeres und von Fritsch' zielte, der sich schon im November 1937 gegen die Kriegspläne Hitlers ausgesprochen hatte. Seit November 1939 Rechtsberater bei der Heeresgruppe Rundstedt, wurde er im August 1941 in die Wehrmachtsrechtsabteilung versetzt, am 1. Oktober 1942 Chef der Heeresrechtsabteilung im Oberkommando des Heeres mit der Amtsbezeichnung „Chefrichter des Heeres“ und am 1. Mai 1944 Generalstabsrichter.

Die Auffassungen Hitlers von der Justiz sind bekannt. Selbstbar jeglichen Rechtsgefühls war sein Verhältnis zur Wehrmachtsjustiz von Mißtrauen und Haß gekennzeichnet. Klugheit, aufrechte Gesinnung und ein unerschütterliches Vertrauen in die Würde des Rechtes gehörten dazu, um im Schatten dieses Hasses und unter den stets argwöhnischen Augen der Gestapo, das Richteramt auszuüben und die Wehrmachtsjustiz vor Parteieingriffen zu schützen. Orden, die ihm während des Zweiten Weltkriegs mehrfach angeboten wurden, schlug er mit der doppelsinnigen und vielschichtigen Antwort aus: „Ich und der Führer werden ohne Auszeichnung aus dem Krieg hervorgehen“. Als von Anfang an grundsätzlicher Gegner des Nationalsozialismus wurde er spätestens nach dem Fritsch-Prozeß zum – so das Urteil eines Zeitzeugen – „glühenden Hasser Hitlers“, der bis zu „seinem bitteren Ende“ seine ganze Kraft einsetzte, „um dieses System zu stürzen und mitzuhelfen, Deutschland wieder ehrenhaft und frei zu machen“. Wie Halder, Beck und Goerdeler lehnte er ein Attentat auf Hitler zunächst ab. Nach seiner Meinung genügte das von Dohnanyi im Justizministerium gesammelte und sichergestellte Anklagematerial völlig zu einer Verurteilung Hitlers und seiner Paladine. Jedoch bestärkten ihn „die im Verlauf des Krieges durch die Tätigkeit in OKW und OKH und die Verbindung mit der Widerstandsgruppe in der Abwehr um Oster und Dohnanyi gewonnenen deutlichen Kenntnisse vom nationalsozialistischen Gewaltssystem und vom verbrecherischen Charakter Hitlers und seinen Untaten ... in der Erkenntnis von der Notwendigkeit des Umsturzes. Beendigung der Schreckensherrschaft und Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit, Sicherung des Grundbestandes seines Vaterlands durch einen baldigen Friedensschluß, aber entschieden auch religiöse Motive führten Sack in den aktiven Widerstand“ (Bäsch). An den verschiedenen Staatsstreichplänen beteiligt, gehörte Sack bald zu den Aktivsten im militärischen Widerstand.

In Zusammenhang mit den Ereignissen um den 20. Juli wurde Sack am 8. September 1944 von der Gestapo verhaftet – ein später Triumph der Gestapo über die gehaßte Wehrmachtsjustiz. Ihm wurde vorgeworfen, als Angehöriger der aktiven Opposition innerhalb der Wehrmacht die militärischen Gegner Hitlers abgeschirmt und durch zu milde Urteile der Wehrmachtsgerichte den Defätismus im Heer nicht wirksam bekämpft zu haben. Als „oberster Gerichtsherr“ schloß Hitler ihn aus der Wehrmacht aus, wagte aber nicht, ihm – wie Hermann Kaiser – vor dem Volksgerichtshof einen öffentlichen Prozeß zu machen. Kurz vor Kriegsende wurde er in das Konzentrationslager Flossenbürg/Oberpfalz überführt, dort ohne rechtsgültiges Verfahren (keiner der Betroffenen gehörte der SS an, keine Verteidiger) durch ein SS-Standgericht wegen Hoch- und Kriegsverrats zur Todesstrafe verurteilt und in den Morgenstunden des 9. April 1945 zusammen mit Admiral Canaris, Pastor Bonhoeffer, Generalmajor Oster und Hauptmann Gehre erhängt – vier Tage vor der Befreiung des Lagers durch alliierte Truppen. Zutreffend hat der Berliner Justizsenator Hermann Oxfort am 18. April 1984 anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel am Gebäude des früheren Reichskriegsgerichts und heutigen Kammergerichts formuliert: „Dr. Karl Sack tritt uns aus

der Geschichte als ein Mann entgegen, dessen Verantwortungsbewußtsein, dessen Gerechtigkeitsinn und dessen Freiheitsliebe der Tyrannei Widerstand leisteten und der einer rechtsstaatlichen Justiz zum Vorbild dienen kann.“

Neben Kaiser und Sack sind natürlich auch weniger bekannte Burschenschafter zu nennen, die, ohne zum organisierten Widerstand zu gehören, sich als *einzelne* dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat widersetzen. Stellvertretend für sie seien an dieser Stelle nur Hans Menges sowie Dr. Friedrich Hölzel und Dr. Martin Hohl genannt.

Dipl.-Ing. Hans Menges (Arminia-Karlsruhe 1923), selbst Mitglied der NSDAP, junger Architekt beim Landesamt für Denkmalpflege in Kassel, äußerte sich wiederholt kritisch über die Kriegsführung und die politische Maßnahmen der Nationalsozialisten. Denunziert und nach Berlin-Moabit überführt, wurde er wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt und am 27. November 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Die beiden Ärzte Dr. med. Friedrich Hölzel und sein Bundesbruder Dr. med. Friedrich Martin Hohl (Germania-Würzburg 1908 bzw. 1913) haben mit hohem persönlichen Risiko aus ethischen Gründen Widerstand gegen das Euthanasieprogramm des Dritten Reiches geleistet.

Die in der Literatur über den Widerstand immer wieder erörterte Frage, ob ein erfolgreicher Verlauf des 20. Juli am historischen Gang der Dinge etwas geändert, konkret: unzähligen Menschen das Leben gerettet, die Zerstörung von Städten verhindert und Deutschland in seinen Grenzen bewahrt hätte, wird von Historikern übereinstimmend ernüchternd beantwortet: so gut wie nichts. Es hätte auf alliierter Seite keinen Wechsel der Kriegsziele, keinen Verzicht auf die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation sowie (nach der Konferenz von Jalta, 4 bis 11. Februar 1945) nach Besetzung und Aufteilung Deutschlands gegeben. *Aber*: die Einwände, die im nachhinein gegen die Aussichtslosigkeit des Vorhabens und die Unzulänglichkeit der Durchführung erhoben wurden sowie überhaupt die Kategorien eines politischen Erfolgs gehen – wie Joachim Fest aufgezeigt hat (Der Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, 1994, S. 342 f.) – an den Intentionen von Kaiser, Sack und anderer am Widerstand Beteiligten in einem wesentlichen Punkt vorbei. Der 20. Juli war vor allem „eine symbolische Tat“ (Fest). Gerade die Aussichtslosigkeit hat dem Widerstand seine ihm eigene Größe gegeben. Aus vielen Zeugnissen der Beteiligten (z. B. auch aus Hermann Kaisers erhaltenen Tagebüchern) geht hervor, daß es verzweifelt-patriotische, christlich-ethische Motive waren, die das Handeln bestimmten: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Verantwortung, Selbstachtung, Vaterlandsliebe. Diese Motive sind heute in einer Zeit bedrohlichen Werteverfalls, in der ein oberstes Gericht den Satz „Soldaten sind Mörder“ legalisiert hat, allerdings kaum noch zu vermitteln.

Formal gesehen haben Kaiser, Sack und andere Männer des 20. Juli – unter ihnen viele überzeugte Christen, Theologen und in preußischer Familientradition erzogene Offiziere – den Eid gebrochen. Dennoch ist der Einwand des Eidbruches gegen die am Widerstand Beteiligten nicht berechtigt. Unbestreitbar kann keine Armee auf die Einhaltung des Soldateneides und auf strikten militärischen Gehorsam verzichten. Das kann aber nicht heißen, daß Soldaten zu blindem und bedingungslosem Gehorsam gegen eine Staatsführung verpflichtet sind, die das gesamte Volk in den Abgrund treibt. Die Ehre eines Offiziers besteht nicht darin, daß er wie ein Automat jeden Befehl seines Vorgesetzten blind und mechanisch ausführt. Sie kann vielmehr gerade darin bestehen, daß die Ausführung eines Befehls, der Verbrecherisches verlangt oder dessen Unsinnigkeit offensichtlich ist, auf sein eigenes Gewissen und Risiko hin verweigert wird. In der alten preußischen Armee war das selbstverständlich. Mit den Worten „Seine Majestät der König hat sie zum Major befördert, damit sie im gegebenen Falle *nicht* gehorchen“, rügte Prinz Friedrich Karl von Preußen einen

eben beförderten Offizier, der einen offensichtlich überholten Befehl trotzdem automatisch ausgeführt hatte (zit. nach Karl Strölin, *Verräter oder Patrioten? Der 20. Juli und das Recht auf Widerstand*, Stuttgart 1952, S. 43).

Im übrigen ist mit m. E. guten Gründen die Meinung vertreten worden (vgl. Strölin, ebd. S. 21), daß Hitler selbst den Eid gebrochen hat und die Vereidigung der Wehrmacht auf die Person Hitlers a priori gesetzwidrig war. Nach dem Gesetz vom 2. Dezember 1931 lautete die Eidesformel des Soldaten: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich *meinem Volk und Vaterlande* allzeit treu und redlich dienen und als tapferer und gehorsamer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen“. Diesen Eid hatte Hitler selbst am 30. Januar 1933 in den Hand Hindenburgs versprochen. Er selbst hat diesen Eid gebrochen. Ohne dieses Gesetz vorher amtlich aufheben zu lassen, allein auf eigene Verantwortung ließ Feldmarschall von Blomberg als damaliger Reichswehrminister nach Hindenburgs Tod die Truppe auf Hitler persönlich vereidigen: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des deutschen Reiches und Volkes, *Adolf Hitler*, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, *unbedingten Gehorsam* leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit mein Leben für diesen Eid einzusetzen“. Die Gegner des 20. Juli berufen sich immer wieder auf die Heiligkeit des Hitler geleisteten Eides, übersehen aber dabei, daß dieser Eid auf die Person Hitlers höchst unheilig, nämlich auf gesetzlosem Weg herbeigeführt wurde. Im übrigen ist es völlig abwegig zu behaupten, dieser Eid sei vom einzelnen freiwillig abgelegt worden. Wer diesen Eid nicht geleistet hätte, wäre zumindest alsbald seiner Freiheit beraubt worden.

Lassen Sie mich nach diesem nicht ganz beziehungslosen Exkurs (denn er betrifft auch die beiden Burschenschafter im engeren Kreis des Widerstands, Hermann Kaiser und Karl Sack – insbesondere letzteren, der sich als Wehrrechtsjurist dieser Problematik sicher bewußt war) abschließend zusammenfassen und noch einmal wiederholen *Die Deutsche Burschenschaft* hat gegenüber dem Nationalsozialismus sicher keinen, zumindest *aus heutiger Sicht* zu wenig oder zu spät Widerstand geleistet. Die hier skizzierten Schicksale von Hermann Kaiser und Karl Sack zeigen aber, daß es sehr wohl eine ganze Reihe *einzelner* Burschenschafter gab, die sicher *auch* aus einer burschenschaftlichen Gesinnung heraus, die sich in der besonders prägenden Sozialisationsphase ihrer Jugend- und Studienzeit entwickelt hat, frühzeitig vor dem heraufziehenden Nationalsozialismus gewarnt bzw. später mit großem Mut und oft unter Einsatz ihrer beruflichen Karriere, ja ihres Lebens, z. T. aktiven Widerstand geleistet haben. In Zeiten, da Zivilcourage immer seltener und Opportunismus immer häufiger wird, ihrer mit Dankbarkeit und Respekt zu gedenken, ist – meine ich – ein Gebot der bundesbrüderlichen Verbundenheit und der historischen Redlichkeit.

Weiterführende Literatur: Peter Kaupp: *Warnung und Widerstand. Burschenschafter in Opposition zum Nationalsozialismus*, in: *Korporierte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Wien 1997, S. 91-105, und ders.: *Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft*, Band 1 Politiker, Teilband 3, Heidelberg 1999, S. 53-55 (Hermann Kaiser), und Teilband 5, ebd. 2002, S. 154-154 (Karl Sack), jeweils mit weiterführender Literatur.

Vita: Soziologe und Historiker, geb. 1936 in Barcelona, Herbst 1936 wegen des Bürgerkrieges Flucht nach Deutschland, Jugend und Kriegsjahre in Mitteldeutschland (Dresden, Halle und Leipzig), 1950 Flucht von Leipzig nach Wiesbaden, dort 1958 Abitur; 1958-1964 Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, seit 1958 Mitglied der Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller (in Mainz, seit 1991 wieder in Jena), 1964 Dr. phil. Mainz mit einer Arbeit über den britischen Historiker Arnold J. Toynbee, 1964 Fachredakteur im Verlag F. A. Brockhaus (Wiesbaden), 1966 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Mainz, 1969 Statistisches Bundesamt (Referat für Öffentlichkeitsarbeit, zuletzt als Oberregierungsrat), 1981-2001 (Ruhestand), Professor für Sozialwissenschaften an der damaligen Fachhochschule der Deutschen Bundespost (später Deutsche Telekom) in Dieburg. Umfangreiche publizistische Tätigkeit, u. a. Mitglied der Gesellschaft für

burschenschaftliche Geschichtsforschung (GfbG), der Gesellschaft für Studentengeschichte und der Darmstädter Goethe-Gesellschaft; 2005 Herman-Haupt-Medaille der GfbG.

Patrioten zwischen Reich und Menschenrecht

von Hans Merkel (Arminia-Rhenania München)

Liebe Verbandsbrüder, das Thema unseres Seminars ist nicht einfach; die möglichen Antworten auf die Frage, wie wir den 20. Juli 1944 zu sehen hätten, sind in einer Zeit der faktischen Beschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung durchaus bössartiger Mißdeutung ausgesetzt.

Ich werde trotzdem offen und ohne Falsch mit Ihnen sprechen. Ich, liebe Verbandsbrüder, bin kein Diplomat, war auch keiner und wollte und will auch keiner sein. Sondern ich möchte so reden, daß jeder meiner Zuhörer weiß, wie er mit mir dran ist. Reden und dabei nichts sagen ist zwar auch in akademischen Kreisen weit verbreitet – sozusagen in Nachahmung vieler unserer Politiker –, ziemt sich indes nicht für einen Burschenschafter.

Ich werde Sie zunächst mit drei Aussagen bekannt machen, deren Inhalt bei unserem Thema diskutiert werden muß:

1. „Im allgemeinen aber soll nie vergessen werden, daß nicht die Erhaltung eines Staates oder gar die einer Regierung höchster Zweck des Daseins der Menschen ist, sondern die Bewahrung ihrer Art. Ist aber einmal diese selber in Gefahr, unterdrückt oder gar beseitigt zu werden, dann spielt die Frage der Legalität nur mehr eine untergeordnete Rolle. Es mag dann sein, daß sich die herrschende Macht tausendmal sogenannter legaler Mittel in ihrem Vorgehen bedient, so ist dennoch der Selbsterhaltungstrieb der Unterdrückten immer die erhabenste Rechtfertigung für ihren Kampf mit allen Waffen. Nur aus der Anerkennung dieses Satzes allein sind die Freiheitskämpfe gegen innere und auch äußere Versklavung von Völkern auf dieser Erde in so gewaltigen historischen Beispielen geliefert worden. Menschenrecht bricht Staatsrecht.“

2. Aussage: „In einer Stunde, da ein Volkskörper sichtlich zusammenbricht und allem Anscheine nach der schwersten Bedrückung ausgeliefert wird, dank des Handelns einiger Lumpen, bedeuten Gehorsam und Pflichterfüllung diesen gegenüber doktrinären Formalismus, ja reinen Wahwitz, wenn andererseits durch Verweigerung von Gehorsam und Pflichterfüllung die Errettung eines Volkes vor seinem Untergang ermöglicht würde.“

3. Aussage: „Eine Diplomatie hat dafür zu sorgen, daß ein Volk nicht heroisch zugrunde geht, sondern praktisch erhalten wird. Jeder Weg, der hierzu führt, ist dann zweckmäßig, und sein Nicht-begehen muß als pflichtvergessenes Verbrechen bezeichnet werden.“ Ende der Zitate.

Alle drei Aussagen gehen in dieselbe Richtung: Im existentiellen Entweder-oder zwischen Staat und Regierung einerseits und dem Volk andererseits sei dem Volk der Vorzug zu geben: Menschenrecht, Recht des Volkes breche – so wurde gesagt – das Recht des Staates und der Regierung.

Adolf Hitler, denn aus seinem Buch „Mein Kampf“ (262.-264. Auflage, 1937, S.104 f., S.593 und S.693) stammen die drei wörtlich verlesenen Aussagen, hat hier – so scheint es wenigstens – in der Theorie sein Urteil über den 20. Juli 1944 zu seinen Lasten vorweggenommen: Demnach wäre das Attentat in aussichtsloser Lage der edle Versuch gewesen, den heroischen Untergang des Volkes zu verhindern, während die Weiterführung des Krieges bis zum bitteren Ende als pflichtvergessenes Verbrechen zu bewerten wäre.

Die Folgerung hieraus wäre: Der Attentäter des 20. Juli 1944 und die ihm verbundenen Kreise hätten im hellen Licht nationaler Vorbildlichkeit und damit in den positiven Traditionslinien unseres Volkes und unserer Streitkräfte zu stehen, während alle – nota bene: alle – in Politik, Wehrmacht und Rüstung führenden Verantwortungsträger, die regimetreu geblieben sind, wegen ihres weiteren kriegerischen Engagements in das Dunkel einer Schreckenskammer deutscher Miserabilität verbannt werden müßten.

Der geistige Zustand der Bundeswehr:

Meinen Sie bitte ja nicht, diese Folgerung würde, weil sie übertrieben klingt, nicht gezogen. Sie wird gezogen – nämlich von Vertretern unseres heutigen Staates. Schauen Sie nur auf das heute herrschende Traditionsverständnis unserer Bundeswehr, wie es von deren politischer Leitung und einer offensichtlich willfährigen Generalität vorgegeben ist.

Bereits im Januar 1998 erklärte der seinerzeitige Inspekteur des Heeres, General Willmann, in Anlehnung an den Traditionserlaß vom 20. September 1982, die Wehrmacht sei als Vorbild für die Bundeswehr ungeeignet.

Geehrt werden heute von Politik und Bundeswehr die Opfer des 20. Juli. Im übrigen aber fanden seit der Zeit, da unter Bundeskanzler Helmut Kohl der CDU-Politiker Volker Rühle das Verteidigungsministerium innehatte, offenbar volkspädagogisch motiviert, nur noch Entehrungen statt – Entehrungen von Soldaten der Wehrmacht, Entehrungen auch und gerade ihrer besten Soldaten.

Diese Feststellung ist wichtig! Denn jede Armee bedarf der Tradition, bedarf der militärischen Vorbilder. Aber wenn die Ehrung der Opfer des 20. Juli mit der Entehrung all derer verbunden ist, die im II. Weltkrieg angesichts des Vernichtungswillens unserer Kriegsgegner sich bis zum Letzten wehrten, um nach Möglichkeit doch noch ein halbwegs glimpfliches Kriegsende zu erzwingen, dann ist der Geist unserer Bundeswehr nicht in Ordnung.

Hier ist Gegensteuerung erforderlich! D.h. man darf den 20. Juli nicht isoliert sehen, nicht losgelöst von all den politischen und militärischen Geschehnissen, die das Jahr 1944 prägten. Nur durch die Einordnung des Attentats in dessen zeitgeschichtlichen Zusammenhang wird man der Verschwörung wirklich gerecht.

Nur durch diese Einordnung auch erschließt man sich die Möglichkeit, den Wert der Wehrmacht als Traditionsvermittler zu erkennen und zutreffend zu würdigen.

In diesem Zusammenhang: Wer meint, auf die Frage der Traditionsgeeignetheit der Wehrmacht komme es bei der Würdigung des 20. Juli nicht an, denkt ahistorisch. Geschichte geschieht zwar nicht, damit man aus ihr lernt. Es ist aber dumm, ihre Lehren zu mißachten, wenn sie erkennbar Lehren enthält, also in unserem Fall erkennen läßt, daß die Wehrmacht in ihrem Kampf gegen Deutschlands Kriegsgegner Vorbilder an Gehorsam, Disziplin, Tapferkeit

und Standvermögen geliefert hat, die unter den damaligen Umständen trotz Hitlers Regime positiv gewertet werden müssen.

Noch unter Rüge durfte nach dem Helden von Narvik, nach Generaloberst Eduard Dietl, dem Leitbild zunächst auch noch der Gebirgsjäger unserer Bundeswehr, keine Kaserne mehr heißen. Die Dietl-Kaserne in Füssen trägt seither den Namen Allgäu-Kaserne. Auch die dem General Kübler gewidmete Gebirgsjägerkaserne in Mittenwald wurde auf Rühes Veranlassung umgetauft. Sie heißt nun – ebenfalls landschaftsbezogen – Karwendel-Kaserne.

In die Ära des Verteidigungsministers Rudolf Scharping von der SPD fällt es, daß es der Bundeswehr verboten wurde, der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger für ihre Treffen weiterhin das Gastrecht zu gewähren. Auch durfte in der Scharping-Zeit an der Luftlandeschule in Altenstadt bei Schongau plötzlich der Kreta-Tag nicht mehr begangen werden, der dem Gedenken der bei der Eroberung von Kreta 1941 gefallenen Fallschirm- und Gebirgsjäger galt.

Auch war es Minister Scharping, der verlauten ließ, deutsche Kasernen sollten nicht mehr nach herausragenden deutschen Soldaten beider Weltkriege benannt werden, sondern ausgerechnet nach Personen, die im Krieg gegen unser Land standen. Und er nannte als Paradebeispiel – *horribile dictu* – den politischen Hauptverantwortlichen für den Mordziele verfolgenden Bombenkrieg gegen die deutschen Städte und ihre Zivilbevölkerung, Winston Churchill.

Wer das Wort von den „Mordzielen“ im gegebenen Zusammenhang für eine Übertreibung halten sollte, der lese Jörg Friedrichs tief deprimierendes Buch „Der Brand“. In ihm ist beschrieben, mit welchem hohem wissenschaftlichen Aufwand seitens der Briten ermittelt wurde, wie durch ihre Flächenbombardements auf deutsche Städte die vernichtenden Feuerstürme entfesselt und dadurch möglichst hohe Tötungsraten unter ihren zivilen Bewohnern – also Arbeitern, Alten, Gebrechlichen, Frauen und Kindern – erzielt werden konnten.

Wer sieht hier nicht den industrialisierten Mord, den Mord am Fließband, wie er sonst nur Deutschen vorgeworfen wird?

Kaum zu glauben auch, daß unter den Kanzlern Kohl und Schröder und deren Verteidigungsministern Rüge und Scharping jahrelang – unbeanstandet durch unsere politischen Spitzenleute – eine verleumderische Antiwehrmachtausstellung durchs Land tingeln durfte, die dem Volk suggerieren sollte, die Wehrmacht sei eine einzige große Verbrecherorganisation gewesen.

In Wahrheit wies die Wehrmacht keinen einzigen Verband auf, der etwa wie das britische Bomberkommando bestimmungsgemäß in ein regierungsseitig organisiertes Großverbrechen verwickelt war.

Kanzler Schröders zweiter Verteidigungsminister war Peter Struck. Er warf den verdienten General Reinhard Günzel, der für den seinerzeitigen und zweifellos ehrenwerten Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann eingetreten war, wegen angeblicher geistiger Verwirrtheit gleichsam *cum infamia* aus der Bundeswehr hinaus.

Und im vorigen Jahr – Sie wissen es vielleicht noch vom letzten Burschentag – nahm Struck der Bundeswehrkaserne im niedersächsischen Visselhövede und dem Jagdgeschwader 74 im bayerischen Neuburg an der Donau den Namen „Mölders“ weg, weil der Träger dieses Namens in Spanien in der Legion Condor gekämpft hatte. Kaum zu verstehen, wenn man sich

klar macht, daß die Legion Condor gegen jene politische Kraft eingesetzt war, die im Interesse der Verbreitung der kommunistischen Weltrevolution von Stalin unterstützt wurde.

Oberst Werner Mölders, der erste von insgesamt nur 27 Brillantenträgern der Deutschen Wehrmacht, war zur Zeit seines Todes im November 1941 der erfolgreichste deutsche Jagdflieger.

Auch im anderen deutschen Staat – ich meine die Republik Österreich – verhält man sich kaum anders. Dort – genau in Wien – hatte Major Walter Nowotny bis vor etwa drei Jahren ein Ehrengrab der Stadt auf deren Zentralfriedhof. Nowotny, achter Brillantenträger der Deutschen Wehrmacht, erzielte, bis er im November 1944 im Luftkampf in der Reichsverteidigung fiel, 258 Luftsiege und war damit der fünfterfolgreichste deutsche Jagdflieger im II. Weltkrieg und damit einer der erfolgreichsten der ganzen Welt. Ihn hat die Stadt Wien dadurch entehrt, daß sie ihm sein Ehrengrab entzogen hat.

Aus diesen Beispielen mögen Sie ersehen, wie viel bis nichts unseren politisch Etablierten der deutsche Soldat des II. Weltkriegs, sofern er nicht zum Widerstand zählte, gilt.

„Wenn Leopold von Ranke recht hat, daß man den Charakter eines Volkes daran erkennt, wie es mit seinen Soldaten nach einem verlorenen Krieg umgeht, dann muß uns um unseren Charakter angst sein“, schrieb ein deutscher Professor in einem Leserbrief an die FAZ.

Müssen wir uns nun, liebe Verbandsbrüder, in unseren Wertungen des 20. Juli dem frühen Hitler und den heutigen Rühes, Scharpings und Strucks anschließen oder den seinerzeit regimetreu Gebliebenen und damit auch der Masse unserer Soldaten oder ist die Sache verwickelter?

Zur Abgrenzung des Themas:

Bevor wir eine Antwort versuchen, stelle ich für mich folgendes klar:

Ich spreche nur über den Widerstand, den man landläufig mit dem Datum des 20. Juli umschreibt. D.h. ich spreche über Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Mitverschwörer bezüglich des Attentats, also über den attentatsgerichteten militärischen Widerstand, den ich zusätzlich mit den Namen von Witzleben, Beck, Olbricht und von Tresckow umschreiben möchte, ferner über deren national-konservative Partner im zivilen Bereich wie den früheren Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler, den Diplomaten Ulrich von Hassell und den preußischen Finanzminister Johannes Popitz.

Auf den Kreisauer Kreis gehe ich nur am Rande ein.

Ich spreche also, wenn ich einmal strafrechtliche Kategorien bemühen darf, über möglichen Hochverrat einschließlich Mord, also Delikte, die in besonderen Situationen ehrenhaft sein können, nicht dagegen über Landesverrat, mit dem man in aller Regel keine Ehre einlegt.

Ich spreche natürlich auch nicht über Fahnenflüchtige, Deserteure und Saboteure. Hier sehe ich, gleich welches Motiv den jeweils Handelnden letztlich bestimmte und welchen Rang er bekleidete, ausschließlich Kriminelle, charakterlich gesehen: Feiglinge, Kameradenschweine und heimtückische Schufte.

Und ich spreche auch nicht über kommunistischen Widerstand, da doch mit Händen zu greifen ist, daß der Kommunismus als System – das blutrünstigste System, auf das je Gottes Sonne schien – keinesfalls eine Alternative zum System des Nationalsozialismus sein konnte.

Schließlich sehe ich in der Gegenposition zu Widerständlern wie Stauffenberg nicht etwa Hitler und jenen Teil seiner Mitarbeiter in Politik, Wehrmacht und Rüstung, die wegen ihrer Nähe zu ihm den vollen Einblick in die Kriegslage und die daraus sich ergebenden Zukunftserwartungen hatten. Sie nämlich tragen allesamt Schuld an der unnötigen Verlängerung des Krieges über den Augenblick hinaus, in dem sie auf Grund ihrer umfassenden Kenntnisse erkennen konnten, daß der Krieg verloren war. Um sie geht es hier nicht. Sie sind ja gerade die, gegen die sich Stauffenberg und seine Mitverschwörer verbunden hatten, um zur rechten Zeit genau das zu tun, was Hitler in den genannten drei Aussagen als geboten bezeichnet hatte, nämlich zu putschen, um wenigstens das Volk zu retten.

Die Gegenposition zu den Widerständlern stellen vielmehr die Frontsoldaten dar, die, vom einfachen Soldaten bis hinauf zum Befehlshaber einer Heeresgruppe ohne das volle Wissen, wie es Hitler und seinen nächsten Mitarbeitern zur Verfügung stand, ihre Soldatenpflichten bis zum Ende treu erfüllten, weil sie glaubten, dies angesichts des feindlichen Vernichtungswillens ihrem Eid, dem Reich und ihrem Gewissen schuldig zu sein.

Die Ziele Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer:

Was Stauffenberg und seine Mitverschwörer wollten, war tatbestandsmäßig Hochverrat, und zwar insofern, als sie durch die Tötung oder Ermordung des praktisch alle staatliche Gewalt in sich vereinigenden Führers, Reichskanzlers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht das national-sozialistische System – d.h. in heutiger Terminologie: die damals bestehende verfassungsmäßige Ordnung des Reiches – durch eine zwar nicht unbedingt demokratische, jedoch streng rechtsstaatlich verpflichtete Ordnung zu ersetzen erstrebten.

Was die Gruppe Stauffenberg – erlauben Sie mir bitte diese Kurzbezeichnung fürderhin – jedoch nicht wollte, war die totale Niederlage von Wehrmacht und Reich. Das Reich sollte vielmehr in vernünftigen Grenzen als Nationalstaat und bündnismäßig verpflichtet weiterbestehen.

Dabei schreckte die Gruppe – das gilt besonders für Stauffenberg und Goerdeler – durchaus zu Recht nicht davor zurück, die Ergebnisse von Hitlers Revisionspolitik, also die Anschlüsse Österreichs, des Sudetenlandes, des Memelgebiets und Danzigs sowie die Beseitigung des polnischen Korridors mit in das von ihnen geplante Reich einzubeziehen. Auch an die Rückgewinnung des von Hitler geopfertem Südtirols war gedacht. Ja selbst Elsaß-Lothringen spielte hier zeitweise eine Rolle.

Mit den revisionistischen Erfolgen Hitlers – auch den kriegerischen – wuchs sich dieses Wunschreich zusammen mit mehr oder weniger abhängigen Satelliten auf dem Balkan, im Baltikum, in Skandinavien und im niederländisch-belgischen Raum zu einer Art Großraum im Sinne Carl Schmitts aus, um dann nach Beginn der deutschen Rückzüge wieder auf den rein nationalen, aber immerhin großdeutschen Bestand zusammenzuschmelzen.

Sie sehen: Der gedankliche Ansatz und die Zielsetzung der Gruppe Stauffenberg waren rundum patriotisch, waren rechtsstaatlich und waren national im umfassendsten, weil alle Deutschen umschließenden Sinn.

Ein solches Reich gegen das System Hitlers einzutauschen wäre nicht nur 1944, sondern bereits Jahre vorher jedes Umsturzes wert gewesen!

Die deutschen Verluste vor und nach dem 20. Juli:

Bleiben wir beim Jahr 1944 und nehmen wir nur einmal an, der Krieg wäre Ende Juli nach gelungenem Attentat zum Nachteil des Reiches zu Ende und sein Gebiet ab diesem Zeitpunkt von den Feindmächten besetzt gewesen: Was könnten wir dann für Deutschland an Positivem unterstellen?

Joachim Fest zitiert in seinem Buch „Staatsstreich – Der lange Weg zum 20. Juli“ eine auf neueren Unterlagen beruhende Denkschrift, die die Opfer innerhalb der deutschen Bevölkerung benennt, die als Wehrmatsangehörige oder Zivilisten im Verlauf des Krieges ihr Leben verloren:

- Ihre Zahl habe während der annähernd fünf Jahre zwischen dem 1. September 1939, dem Tag des Kriegsausbruchs, und dem 20. Juli 1944 etwas über 2,8 Millionen betragen.

- In den kaum zehn Monaten vom 21. Juli 1944 bis zum Ende des Krieges am 8. Mai 1945 seien hingegen 4,8 Millionen Soldaten und Zivilpersonen kriegsbedingt zu Tode gekommen.

- Während die täglichen deutschen Kriegsoffer bis zum Attentat im Durchschnitt knapp 1.600 Personen betragen hätten, seien es danach fast 17.000 gewesen.

- Hinzu komme die weitergehende Zerstörung der städtischen Substanz: der Wohnungen, der Industrieanlagen und der Kulturdenkmäler. Weitgehend erst nach dem Attentat seien die wunder-schönen Altstädte von Braunschweig, Hildesheim, Nürnberg, Dresden, Würzburg und Potsdam in Schutt und Asche gelegt worden. Auch der verheerendste Angriff auf Berlin habe erst Anfang 1945 stattgefunden. Insgesamt hätten die Bombenkriegsschäden der letzten neun Kriegsmonate die der 59 voraufgegangenen Monate beträchtlich übertroffen.

Allein schon der humanitäre Aspekt, liebe Verbandsbrüder, läßt es einem rückblickend wünschbar erscheinen, die nach dem Attentat erbrachten Menschenopfer hätten vermieden werden können.

Katastrophal ist auch der kulturelle Aspekt des nach dem Attentat weitergehenden Krieges. Die rücksichtslose Vernichtung deutscher Kulturstätten in den westalliierten Terrorangriffen hatte wohl als Vorspiel zur geplanten Umerziehung – zur „re-education“ – ein erstes Mittel zur Zerstörung unseres Geschichtsbewußtseins und damit der Identität unseres Volkes zu sein.

Während der deutsche General von Choltitz Frankreichs Hauptstadt Paris vor der mutwilligen Vernichtung bewahrte, offenbarten Briten und Amerikaner Deutschlands kultureller Bedeutung gegenüber eine Einstellung, die man nur als bolschewistisch bezeichnen kann – sozusagen Kulturbolschewismus.

Schließlich wäre es auch für den Wiederaufbau unseres Landes besser gewesen, wenn die menschliche, kulturelle und materielle Substanz Deutschlands, die erst nach dem Attentat unterging, erhalten geblieben wäre.

Menschlich – schauen wir auf die Wehrmacht – sank bekanntlich besonders die deutsche Elite dahin. Aus meines gefallenen Veters Abiturklasse – mein Vetter war U-Boot-Offizier – kamen von 24 Schülern gerade noch vier aus dem Krieg zurück. Derartiges war nicht untypisch!

Diese Elite hat uns nach dem Krieg fraglos gefehlt. Viel an unserer demokratischen Nachkriegspolitik wäre nicht so ängstlich und kleinkariert, so defätistisch und masochistisch und so geschichts- und deutschfeindlich gewesen, wie es zu erleben war und noch heute nicht unwesentlich unsere politische Klasse und damit unser aller Leben bestimmt.

Denken Sie an die Tätervolklegende, deren mannhaftes Bestreiten den Bundestagsabgeordneten Hohmann aus der politischen Bahn geworfen hat!

Dennoch: All das, was wir, wie von mir aufgezählt, hätten behalten können, wenn der Krieg im Juli 1944 zu Ende gewesen wäre, gibt uns noch immer keine Antwort auf unsere eingangs gestellte Frage, wie wir den 20. Juli zu sehen hätten: positiv oder negativ oder differenziert, und, falls differenziert, in welcher Weise?

Der Grund: Wir können die Sache nicht von hinten her, von heute aus sehen. Man ist immer gescheiter, wenn man vom Rathaus kommt. So läßt sich zwar eindrucksvoll argumentieren,

weswegen diese Art der Argumentation besonders in der Politik sehr beliebt ist – und allerdings auch bei unseren zeitgeistlichen Zeitgeschichtlern, die uns immer, ohne dabei gewesen zu sein, erzählen, wie sie es richtig gesehen und gemacht hätten, wenn sie vom Schicksal in jene Jahre der Entscheidung berufen gewesen wären.

Die richtige Sicht des Gewesenen erschließt sich nur aus der Zeit seines Geschehens. Wir müssen uns also ins Jahr 1944 hineinzusetzen versuchen. Wie stellte sich damals Deutschlands Lage dar?

Die Lage des Reiches vor dem Attentat:

Der immer mörderischer gewordene Krieg lief spätestens seit Anfang 1943 zu Lasten des Reiches. Im Februar kapitulierten die Reste der 6. Armee im Kessel von Stalingrad, im Mai das deutsche Afrikakorps in Tunesien. Ebenfalls im Mai mußte Großadmiral Dönitz nach schwersten Verlusten den zuvor so erfolgreichen U-Boot-Krieg im Atlantik endgültig abbrechen. Im Juli mißlang in der wohl größten Panzerschlacht der Geschichte die deutsche Gegenoffensive gegen die Sowjets bei Kursk. Ebenfalls im Juli fiel das durch Stanniolstreifen praktisch wehrlos gemachte Hamburg dem bis dahin vernichtendsten britischen Terrorangriff zum Opfer. Man zählte rund 40.000 Ziviltote. In denselben Tagen brach das mit dem Reich verbündete faschistische Italien zusammen. Im August eroberten Amerikaner und Briten Sizilien und im weiteren ganz Süditalien.

1944 begann so, wie 1943 aufgehört hatte. Schon im Januar gelang den Sowjets die Entsetzung Leningrads. Im März dann waren die deutschen Truppen aus der Ukraine verdrängt. Und im Mai zogen die Westalliierten in Rom ein. Doch die eigentlichen Paukenschläge standen noch aus:

- 1. Paukenschlag: In der Nacht zum 6. Juni 1944 begann in der Normandie mit der Invasion der amerikanisch-britische Sturm auf Hitlers „Festung Europa“. Schon nach etwas mehr als 14 Tagen war das Landungsgebiet fest in der Hand der Alliierten. Eine Million Mann, 170.000 Fahrzeuge und 500.000 Tonnen Material waren über den Kanal geschafft worden. Ende Juni

stand eine weitere halbe Million alliierter Soldaten an der normannischen Küste. Mit dem Durchbruch der Amerikaner Ende Juli bei Avranches begann dann in Frankreich wieder der Bewegungskrieg. Doch diesmal im Gegensatz zu 1940 zu Lasten der Deutschen.

- 2. Paukenschlag: Ebenfalls im Juni, nämlich am 22., dem dritten Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, durchbrachen vier Heeresgruppen der Roten Armee mit sechsfacher Übermacht die nur noch dünnen Linien unserer Heeresgruppe Mitte zwischen Minsk und der Beresina. 28 deutsche Divisionen, weit mehr als in Stalingrad, wurden zerschlagen. 350.000 deutsche Soldaten waren dabei gefallen oder in sowjetische Gefangenschaft geraten. Ein Riesenloch in der deutschen Front erlaubte den Bolschewiken in Richtung Ostpreußen und auf den Weichsel-bogen bei Warschau vorzudringen.

Das also war Deutschlands Lage zur Zeit des Attentats! Was war unter diesen Umständen bei sofortigem Kriegsende für Deutschland noch an Positivem zu erwarten?

Die möglichen Folgen des Attentats:

Die zuvor dargestellten Substanzverluste an Menschen sowie an Sach- und Kulturwerten wären nicht eingetreten. Ich betone: die zuvor dargestellten. Das heißt leider nicht, daß andere Substanzverluste, etwa jene, die uns nach Ende der Kampfhandlungen tatsächlich getroffen haben, ausgeblieben wären.

Wir wissen also nicht, jedenfalls nicht mit Bestimmtheit, was mit und im deutschen Osten geschehen wäre. Da das Rachebedürfnis und die Blutgier der von Ilja Ehrenburg aufgehetzten bolschewistischen Soldateska, aber auch der in deren Gefolge mitmarschierenden Leichenfledderer polnischer und tschechischer Provenienz auch schon 1944 ausreichend entwickelt war, wird man mit der Annahme nicht übertreiben, daß hinsichtlich Mords, Totschlags, Vergewaltigung, Vertreibung und Landraubs 1944 nichts anderes geschehen wäre als die Schandbarkeiten von 1945.

Hitlers theoretisch angenommener Fall „Hie heroischer Untergang – da Rettung von Land und Volk“ paßt nicht einmal andeutungsweise auf den 20. Juli. Denn der Untergang war Mitte 1944 auf zweierlei Weise möglich: durch Kapitulation ebenso wie durch verzweifeltes Weiterkämpfen.

Angesichts der alliierten Kriegsziele gab es keine seriöse Hoffnung auf Rettung durch Kapitulation. Das haben die Westalliierten durch ihr Festhalten an der Bedingungslosigkeit der Kapitulation und durch ihre immer wieder zum Ausdruck gebrachte Verachtung des deutschen Widerstandes über-deutlich signalisiert. Die Widerständler wurden ja wieder und wieder als überständige Adelskaste, als Junker, als Leute hingestellt, die der deutschen Republik genauso feindlich gegenübergestanden waren wie Hitler und sich nunmehr darüber ärgerten, von diesem entmachtet worden zu sein.

Im übrigen: Wer wäre Mitte 1944 in der Lage gewesen, die durch Weiterkämpfen zu erwartenden zusätzlichen Verluste auch nur halbwegs zuverlässig vorauszusagen?

Möglicherweise hätte sich aber ein anderes, nämlich ein späteres Kriegsende ergeben: eines, wie es sich Generalfeldmarschall Erwin Rommel vor seiner Verwundung in Frankreich gedacht hat, und wie das wohl auch Stauffenberg für möglich hielt, nämlich die Westalliierten kampfflos ins Reich zu lassen und mit den letzten Kräften der Wehrmacht die Sowjets soweit wie möglich von den deutschen Ostgrenzen entfernt zu halten. Doch auch ein solches

Kriegsende – möglicherweise östlich von Berlin – hätte wohl ebenfalls gewaltige Opfer an Soldaten und deutscher Zivilbevölkerung gekostet. Zuverlässig zu beziffern ist hier gar nichts – auch nicht aus der damaligen Zeit heraus.

Auch hier passen Hitlers eingangs zitierte Worte nicht. Der Untergang drohte so oder so! Echte Rettung war Mitte 1944 keine seriöse Alternative.

Was im übrigen bei einem gelungenen Attentat sehr die Frage gewesen wäre, ist, ob die Putschisten Wehrmacht und Volk wirklich in positiver Weise in den Griff bekommen hätten.

Nicht nur die einzelnen Widerstandskreise, die sich ja weltanschaulich nicht unerheblich unterschieden, hätten um ihren Einfluß zu konkurrieren begonnen. Auch stand ein erheblicher Teil des Volkes noch 1944 treu zu Hitler und hielt die Verschwörer für Verräter an der schwer ringenden Front.

Da auch die Kommunisten und die Fremdarbeiter im Land das Bedürfnis entwickelt hätten, ihr Mütchen zu kühlen, drohten zudem Bürgerkrieg und Chaos – ebenfalls mit unkalkulierbaren Todesraten.

Auch eine solche Entwicklung, gegen die in allererster Linie der Alarmplan „Walküre“ geschaffen worden war, hätte nicht zu der von Hitler theoretisch ins Auge gefaßten Alternative „Untergang oder Rettung“ geführt.

Das Bemühen, für unterschiedliche Fälle des Kriegsendes mögliche Opferzahlen zu errechnen und daraus rückwirkend angeblich „richtige“ Verhaltensweisen zu folgern, ist sinnlos. Ein solches Rechnen kann daher bei der Beantwortung unserer Frage bedauerlicherweise keine entscheidende Rolle spielen.

Was nach menschlichem Ermessen Mitte 1944 völlig ausgeschlossen war, war der von Stauffenberg und Goerdeler gewünschte, erträumte großdeutsche Nationalstaat. Ja, illusionär war in der gegebenen Lage sogar eine irgendwie geartete, „politische Lösung“: etwa derart, daß der Krieg auf dem Verhandlungsweg – für das Reich zwar nachteilig, aber für die Menschen weniger opfervoll – zu Ende geht. Stauffenberg soll diese Hoffnung trotz alledem bis zum Ende nie ganz aufgegeben haben.

Warum war das alles illusionär? Liebe Verbandsbrüder, da kommt viel zusammen!

Das Reich – vom Störenfried zum Vernichtungsziel

Da der I. Weltkrieg nur – nota bene: nur – mit den Verträgen von Versailles und St. Germain und nicht mit der totalen Niederlage Deutschlands endete, nahm unser Land nach etlichen qualvollen Jahren ab 1933 einen gewaltigen Aufstieg zu neuer Kraft, Macht und Blüte – ohne Demokratie zwar, aber in faszinierender Solidarität. Diese Solidarität ließ viele hinwegsehen über die früh erkennbaren menschlichen Gemeinheiten des NS-Systems, insbesondere über die eines europäischen Kulturvolks unwürdige Entrechtung der deutschen Juden. Man war zwar nicht unbedingt Nationalsozialist, aber man war wieder wer als Deutscher.

Und dieses Land bringt nun durch seine Revisionspolitik, die ja völlig verständlich war, neue Unruhe in die Welt – ähnlich wie vor 1914, als man den berühmten „Platz an der Sonne“ erstrebte.

Nach Hitlers dummem Einmarsch in Prag siegten in Großbritannien, das ja des deutschen Führers Wunschpartner war, nach und nach die Deutschenfeinde, nämlich die Churchills und die Vansittarts, über die „Appeaser“ wie die Chamberlains.

Die Folge: Über die dringend im Sinn des Selbstbestimmungsrechts regelungsbedürftige Danzig-Frage – es ging noch nicht einmal um den polnischen Korridor – wollte das „perfide Albion“, wie Großbritannien häufig nicht zu Unrecht genannt wurde, schon nicht mehr mit sich reden lassen. Vielmehr bestärkte es Polen, dem Reich nicht einmal in Sachen der von Deutschland getrennten deutschen Stadt Danzig nachzugeben.

Als sich Hitler gewaltsam nahm, was er freiwillig nicht bekam, erklärte ihm Großbritannien und in dessen Gefolge Frankreich den Krieg. Roosevelts USA verfolgten diese Entwicklung wohlwollend zu Lasten des Reiches.

Zwischen dem deutschen Sieg über Frankreich und dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion soll es laut dem Buch von Martin Allen „Churchills Friedensfalle“ etliche offizielle deutsche Friedensangebote unter der Hand an Großbritannien gegeben haben. Sie blieben unbeantwortet, weil man den Krieg wollte.

Ich habe zur Seriosität Allens keine Meinung. Er gilt wohl als „politically incorrect“, ähnlich wie David Irving. Doch mit einem deutschen Vorschlag möchte ich Sie trotzdem bekannt machen, denn er ist einerseits sensationell, und andererseits ist er doch dem anglophilen Hitler und dessen Bedürfnis, sich nicht mit einem Brudervolk zu zerkriegen, sondern die Weltpest des Bolschewismus zu bekämpfen, durchaus zuzutrauen.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen diesen Vorschlag (Allen, S.175f.) – er stammt vom November 1940 – vorlese:

1. Die Verhandlungsparteien treffen sich auf neutralem Gebiet unter der Vermittlung eines neutralen Staates wie der Schweiz oder der Vereinigten Staaten von Amerika.
2. Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Frankreich werden wieder unabhängige Staaten werden, die in der Lage sind, ihre eigene Verfassung und Regierung zu wählen; es muß aber eine Opposition gegen Deutschland ausgeschlossen und die Versicherung gegeben werden, daß von Vergeltung abgesehen wird. Deutschland wird seine Streitkräfte zurückziehen und von diesen Ländern keine militärischen Zugeständnisse einfordern, und es ist bereit, über eine Art von Reparation für die Schäden zu verhandeln, die den Ländern während der Eroberung zugefügt wurden.
3. Alle Angriffswaffen werden zerstört und danach werden die bewaffneten Streitkräfte auf ein Maß zurückgeführt, das den wirtschaftlichen und strategischen Erfordernissen eines jeden Landes entspricht. Die deutsche Forderung nach Rückgabe seiner früheren Kolonien beinhaltet keine anderen territorialen Ansprüche. Südwestafrika wird nicht zurückgefordert.
4. Deutschland zieht die Ausgleichszahlungen für Verbesserungen in Erwägung, die in den Kolonien seit 1918 erfolgt sind, sowie den Ankauf von Grundeigentum seiner jetzigen Eigentümer, die den Wunsch äußern zurückzuwandern.
5. Die politische Unabhängigkeit und die nationale Identität eines polnischen Staates werden wieder hergestellt, aber das von der Sowjetunion besetzte Gebiet ist von diesen

Verhandlungen ausgeschlossen. Die Tschechoslowakei wird nicht daran gehindert werden, ihren National-Charakter weiterzuentwickeln, aber sie verbleibt unter dem Protektorat des Reiches.

6. Eine Art wirtschaftlicher Solidarität sollte für ein Groß-Europa in Erwägung gezogen werden, und die Lösung wichtiger Wirtschaftsfragen sollte durch Verhandlungen und nationale, europa-weite Übereinkünfte gelöst werden. - Ende des Zitats.

Gehen wir weiter in der Zeit. Die Erfolge von Hitlers Kriegspolitik veranlaßten Amerika nicht etwa zu einer friedensgerichteten Politik, sondern zum Gegenteil. Bereits ab Frühjahr 1941 begannen die USA durch Unterstützung Britanniens über die Lieferungen nach dem amerikanischen Leih- und Pachtgesetz einen unerklärten Krieg gegen Deutschland zu führen, bis ihn Deutschland dann zum Jahresende zum erklärten Krieg machte.

Schon im Juli 1941 vereinbarten Britannien und die Sowjetunion in einem Beistandsabkommen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und nur im gegenseitigen Einverständnis Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen.

Einen Monat später verkündeten Churchill und Roosevelt die Atlantik-Charta. Hiernach übernahmen die USA den Geleitschutz für die Briten im Nordatlantik – wohlgemerkt noch ohne erklärten Krieg – und beschossen dabei schon deutsche U-Boote, die selbst Befehl hatten, nicht zurückzuschießen.

Im Januar 1943, kurz vor dem deutschen Ende bei Stalingrad, legten sich Roosevelt und Churchill in Casablanca auf die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans fest. Sie schlossen damit einen Waffenstillstand auch mit einer deutschen Regierung nach Hitler aus.

Auf der Konferenz in Teheran schließlich, die Ende November 1943 stattfand, einigten sich Roosevelt, Stalin und Churchill auf die Westverschiebung Polens auf Kosten Ostdeutschlands und die territoriale Zerstückelung des Restreiches, wobei es da allerdings mehrere Modelle gab.

Wenn man dann noch bedenkt, daß das Bitten, ja das Flehen deutscher Widerständler den Briten gegenüber vor allem aus dem Kreisauer Kreis – ich denke dabei etwa an Adam von Trott zu Solz – spätestens seit Stalingrad nicht einmal mehr eine taktisch motivierte Beachtung fand, fragt man sich ernsthaft, welchen Grund man nach all dem deutscherseits noch haben konnte, im Juli 1944 eine „politische Lösung“ zu erhoffen. Es gab ganz einfach kein alliiertes Zeichen der Ermutigung zu einem Aufstand, geschweige denn die Inaussichtstellung von Verhandlungsbereitschaft.

Und daß es so war, das mußte doch klar sein – nach all den sogenannten „Jahrhundertquerelen“ mit den Deutschen, nach den gewaltigen Kriegsanstrengungen gegen diesen überdurchschnittlich zähen und tapferen deutschen Gegner und zuletzt nach all den nach und nach bekannt gewordenen und werdenden Einsatzgruppen- und KZ-Greueln sowie den anderen Unmenschlichkeiten, die Deutsche tatsächlich begangen hatten oder ihnen von der alliierten Haßpropaganda angedichtet worden waren. Zum Beispiel: Katyn!

Jetzt, da man das Reich an der Kehle hatte, brauchte man keine Widerständler mehr. Und man brauchte auch keine Waffenstillstandsbedingungen mehr. Eine Programmatik nach Art der 14

Punkte Wilsons im I. Weltkrieg ward nicht mehr gelitten. Aus ihr nämlich hätten die Deutschen später Anklagen und Forderungen herleiten können, wie das ja Weimar und mehr noch Hitler tatsächlich getan hatten.

Man wollte ganz einfach mit der angeblich so störenden Art der Deutschen keinen Ärger mehr haben, man wollte sie bestrafen, unter Kuratel stellen, man wollte sie, wie der berühmte Morgenthau-Plan vom September 1944 zeigte, der Not und dem Elend aussetzen, und man wollte sie ihrer angeblich so gefährlichen und böswilligen Art entfremden, sie umerziehen, gleichsam geistig, seelisch und charakterlich kastrieren.

Zum Teil ist das ja gut gelungen: bedingt durch den hohen Blutzoll unserer Elite, bedingt durch die willigen deutschen Vollstrecker der alliierten Machtsprüche, bedingt durch die in die 68er Revolte eingegangene Gedankenwelt des linken Natterngezüchts der Frankfurter Schule und bedingt durch die Widerstandslosigkeit, die Pseudotoleranz und das Fluchtverhalten unserer teilweise feigen Bourgeoisie, die sich trotz alledem ungeniert für den eigentlichen Träger unserer Gesellschaft hält.

Für Patrioten, die das Reich retten wollten – und nur die sind ernst zu nehmen –, kam das Attentat zu spät. Auch Stauffenberg empfand das. Die Invasion war für ihn bei allem anderen Hoffen die Zeitgrenze. Doch dieser zur Tat entschlossene Mann trat erst spät in den Kreis der zum Umsturz bereiten Widerständler, nämlich im Herbst 1943 nach Genesung von seiner schweren Verwundung, die ihn ein Auge, den rechten Arm und zwei Finger der linken Hand gekostet hatte.

Der Weg zum Attentat:

Vorherige Versuche anderer, Hitler zu beseitigen, scheiterten an unterschiedlichen Umständen. Entweder hatte er seinen Gegnern wieder einmal gezeigt, daß er es besser konnte, wie in der Sudetenkrise 1938, als ihn Beck und Halder erschießen lassen wollten, dann aber stillhielten, weil es zum Münchner Abkommen kam. Oder aber die in sein Flugzeug geschmuggelte Bombe explodierte nicht, wie im März 1943 an der Ostfront. Oder er hatte eine Veranstaltung kurz vor dem geplanten Anschlag wider Erwarten vorzeitig verlassen, wie es bei der Ausstellung im Berliner Zeughaus – ebenfalls im März 1943 – der Fall war, für die sich ein Offizier als Selbstmordattentäter zur Verfügung gestellt hatte.

Eine blockierende Rolle spielte auch die religiöse und die ethische Überzeugung. Ist der Tyrannenmord nicht auch Mord und daher ungerechtfertigt vor Gott? Oder: Entspricht es deutschem Soldatenethos, daß man den dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht geleisteten Eid bricht? Ist Eidbruch wirklich ehrenvoll?

Ja, aus vorgeblicher Christlichkeit wurde sogar gefragt, ob man nicht doch alles tun müsse, um den Krieg mit Pauken und Trompeten zu verlieren, um damit als Volk die von deutschen Nationalsozialisten begangenen politischen Verbrechen zu sühnen.

Ich will hier gar nicht weiter in die Breite gehen, weil ich mich eigentlich schäme, daß es in Deutschland keinen gesunden Mann und keinen geeigneten Augenblick gegeben haben soll, Hitler unter dem Risiko der Selbstaufopferung – sagen wir: zwischen dem Sieg über Frankreich und dem Verlust von Stalingrad – zu erschießen.

Auch schäme ich mich der Heimtücke körperlich intakter deutscher Offiziere, die nach Manieren, wie man sie aus dem vorderen Orient kennt, Ahnungslose mittels versteckter

Bomben, gleich ob in Cognacflaschen oder in Tornistern, mit in die Luft zu sprengen in Kauf nahmen, wenn sie nur den einen Bösen treffen wollten.

Stauffenberg, für den die physische Ausschaltung Hitlers ein Gebot des Gewissens war, erkannte in der verrinnenden Zeit, daß er, der Schwerstversehrte, der Entschlossenste, der wichtigste Antreiber des Umsturzes, das Attentat selbst begehen müsse und daß es für den guten Fortgang des Umsturzes erforderlich sei, von Hitlers Wolfsschanze lebend nach Berlin zurückzukehren.

Daß Tyrannenmord kein herkömmlicher Mord mehr sein kann, wenn durch das Verschulden des Tyrannen Tausende und Abertausende unnötigen Tod sterben müssen, war für ihn, den gläubigen Christen, klar. Nach seiner Überzeugung lag hier schwerster Notstand vor.

Und den Eid auf Hitler hielt er genau aus diesen Gründen, wie Joachim Fest zutreffend schrieb, von Hitler selbst längst für „tausendfach gebrochen“.

Ja, Stauffenberg leitete aus diesem Eidbruch geradezu die Pflicht ab, Hitler und sein menschenvernichtendes Regime mit allen Mitteln zu beseitigen: auch mittels versteckter Bombe und mit der Möglichkeit zu gelungener Flucht, was beides bei ihm, dem Versehrten und Gebrauchten, nicht zu vermeiden war.

Sein Bestreben war es, der sinnlosen Vernichtung von Menschen und Werten endlich mindestens insoweit Einhalt gebieten, als deutsches Verhalten dessen Ursache war. Daß das Reich, wie er es wollte, in der gegebenen Situation kaum noch zu halten war, darauf konnte es nach seiner Sicht deshalb nicht mehr ankommen, weil ihm auch das Weiterkämpfen kein Kriegsende versprach, das die Fortexistenz des Reiches gewährleistet hätte. So blieb ihm nach all den geschehenen Regimeverbrechen nur noch, einen Beitrag zu leisten, der ihm geeignet erschien, die Ehre der Nation vor der Geschichte und der Welt nicht im totalen Dunkel versinken zu lassen.

Daß das Attentat mißlang, wird man ihm bei der Reihe von dummen Zufällen, die Hitler überleben ließen, nicht anlasten können; ebensowenig, daß der Putsch mißlang, denn da der Eidnehmer am Leben geblieben war, konnte die Wehrmacht, die ja die vollziehende Gewalt übernehmen sollte, nicht neu vereidigt werden. So brach der Aufstand, kaum daß er begonnen hatte, zusammen wie ein Kartenhaus.

Zweierlei Patrioten:

Ich habe keine Schwierigkeiten, Stauffenberg und seine Mitverschworenen auch in ihrem Untergang für Patrioten, für gute Deutsche zu halten. Sie gaben ein Beispiel, das höchsten Respekt verdient! Aber sie waren wohl auch Romantiker! Romantiker, weil sie vielleicht in deutscher Arglosigkeit glaubten, die Angelsachsen hätten Begriffe wie „Fairness“ auch für ihr eigenes Verhalten und nicht nur „für alle anderen“ erfunden. Sei dem, wie dem sei! Fest steht, daß sie Patrioten waren und aus Liebe zu ihrem Vaterland zur Tat geschritten sind.

Doch jene, die sich in der damaligen Situation, in der die totale Vernichtung des Reiches drohte, aus Gewissensgründen zum Weiterkämpfen entschlossen, waren genauso Patrioten. Sie wollten sowenig die Fortsetzung der Regimeverbrechen, wie sich die Widerständler der Gruppe Stauffenberg den Untergang der deutschen Staatlichkeit oder die absehbaren Racheorgien der östlichen Kriegsgegner herbeiwünschten.

Aber sie wollten eben als europäisch, als abendländisch empfindende Menschen die allerletzte Möglichkeit ausgeschöpft wissen, daß die ins Reich drängenden Angelsachsen doch noch erkennen, welche barbarische Macht bolschewistischer Menschen- und Kulturverachtung sie durch ihre Unterstützung auf Europas Mitte und dabei doch auf ihre nächste ethnische und kulturelle Verwandtschaft losgelassen hatten. Diese Vorstellung war so unrealistisch nicht. Denn je näher damals die fremdartige, alles Europäische niederwalzende Vernichtungsmaschinerie der Roten Armee dem Gesichtskreis der Angelsachsen kam, desto mehr erschien die Möglichkeit gegeben, daß diesen dämmerte, mit einem solchen Partner die eigenen Zukunftsinteressen zu schädigen.

Die Überzeugung, daß man mit Deutschland das „falsche Schwein“ schlachte – ein Nachkriegswort von Winston Churchill übrigens –, diese Erkenntnis sollte den Westalliierten nach dem Willen der Weiterkämpfenden nicht zuletzt im Interesse des deutschen Ostens nach Möglichkeit doch noch während des Krieges und nicht erst hinterher kommen, wenn das Reich am Boden lag.

Und wenn dies durch den bloßen Appell an die Vernunft der Gegenseite nicht mehr möglich war, vielleicht nie möglich war, dann war eben bei höchster Todesverachtung alles dranzusetzen, die Vernunft der Gegner gleichsam durch Verzweiflungsakte zu erzwingen – und damit den Reichsgedanken zwar nicht partout für den Augenblick, so doch mindestens für die fernere Zukunft als undiskreditierbares Mittel der deutschen Identifikation zu erhalten.

Immerhin hat es ja auch im preußischen Unglücksjahr 1759 das „Mirakel des Hauses Brandenburg“ gegeben, als nach der von Friedrich dem Großen verlorenen Schlacht bei Kunersdorf Österreicher und Russen, statt sofort nach Berlin vorzustößen, sich über die weitere Kriegsführung zerstritten.

Vielleicht gab's ja auch noch neue überraschende Waffen. Der Düsenjäger und die V2 gaben ja gewisse Hinweise.

Psychologisch darf man auch nicht vergessen, daß nach all dem Blut und all dem Schrecken in über fünf Jahren Krieg für viele so vieles am Dasein sinnlos geworden schien und sie sich in einer Untergangsstimmung befanden, in der sie ihre Haut so teuer wie möglich verkaufen wollten und die manch einem im Sterben der Herrlichkeit des Reiches auch den eigenen Tod wünschbar erscheinen ließ.

Beide Entscheidungen, die der Widerständler und die der Weiterkämpfenden, waren aus Gewissensgründen möglich. Gegeneinander abzuwägen ist hier gar nichts. Was ist in sich wertvoller: Reich oder Menschenrecht? Hier gibt es keine eindeutige Antwort!

Auch wer sich primär für das Reich entschied, wollte in ihm auch Menschenrecht. Mancher Haudegen aus dem Krieg sagte mir: „Wir wollten erst halbwegs glimpflich aus dem Krieg herauskommen, und dann hätten wir mit der braunen Bande aufgeräumt.“

Und wer sich primär für das Menschenrecht entschied, wollte im weiteren natürlich auch das Reich behalten.

Fest steht lediglich, daß jeder, der in der Entscheidung stand, einerseits etwas Richtiges und andererseits etwas Falsches getan hat. Wer sich primär richtigerweise gegen Hitlers System entschied, entschied sich zwangsläufig falsch für die Niederlage des ihn verpflichtenden

Reiches. Und wer primär richtigerweise dem Reich verpflichtet blieb und sich bis zum Allerletzten wehrte, um vielleicht doch noch etwas Besseres zu erkämpfen als den totalen Untergang, entschied sich ebenso zwangsläufig falsch für eine mindestens vorläufige Fortexistenz eines unerträglich gewordenen Systems.

Die Situation war für beide Seiten tragisch. Das muß man sehen. Darum kann man hier keine Antworten vorschreiben, auch nicht im Nachhinein und nicht für uns Heutige. Hier muß jeder selber wissen, wie sein Gewissen tickt. Darum durfte es auf dem Burschentag keinen Beschluß geben, der sich so, wie es dessen Promotoren vorschwebte, zum 20. Juli bekennt, weil ein solcher wegen seiner Gewissensgeladenheit nicht für alle verbindlich sein konnte. Und darum darf es auch weiterhin keinen solchen Beschluß geben. Bereits ein entsprechender Antrag wäre vom Burschentag wegen Unzulässigkeit abzuweisen.

Fünf Antworten:

Der 20. Juli – und das ist meine erste Antwort – erlebte in der Gruppe Stauffenberg zwar formal des Hochverrats und des Mordes Schuldige, jedoch in der Sache von einem ehrenhaften patriotischen Motiv bewegte politische Persönlichkeiten, die ihr Vaterland liebten.

Der Patriotismus dieser Männer tut indes – und das ist meine zweite Antwort – dem Patriotismus von Männern wie Oberst Hans-Ulrich Rudel, die bis zum Kriegsende als treue Deutsche in gutem Glauben für das Reich kämpften, keinerlei Abbruch.

Da der 20. Juli in seiner Tragik immer zwischen Reich und Menschenrecht stehen wird, also die von Hitler gegebene Alternative hier nicht zutreffen kann, ist er – und das ist meine dritte Antwort – ein ambivalenter Tag und daher als festlich zu begehender nationaler Tag ungeeignet. Gewissen darf nicht vergewaltigt werden!

Der 20. Juli ist – und das ist meine vierte Antwort – in seiner Ambivalenz als verbindliches Vorbild auch für unsere Bundeswehr ungeeignet und hat daher in ihrem eigentlichen Traditionsbestand keine Daseinsberechtigung. Grundlage für die Bundeswehr, für die Armee der Demokratie und des Grundgesetzes, für eine erfolgreiche Bundeswehr ist nicht Widerstand in einer Ausnahmesituation, deren Einmaligkeit ihresgleichen sucht, sondern sind Gehorsam, Disziplin, Tapferkeit und militärisches Standvermögen.

In den Traditionsbestand der Bundeswehr – und das ist meine fünfte und abschließende Antwort – gehören deshalb endlich auch wieder die deutschen Soldaten des II. Weltkriegs. Dies allerdings nicht wegen Hitler, denn ein Bekenntnis zu seiner Person oder ihrer Unantastbarkeit ist aus Gewissensgründen ebenso unzumutbar wie das Bekenntnis zum Attentat. Die Gründe, die deutschen Soldaten des Krieges wieder in den Traditionsbestand der Bundeswehr aufzunehmen, haben mit dem NS-Regime und seiner Natur nichts zu tun. Sie sind vielmehr allgemeiner politischer und militärischer Art. Entsprechend schrieb ich am 16. März 1998 in der FAZ :

„Die Tradition, die erforderlich ist, um eine Armee fest an das zu binden, was sie entschlossen verteidigen soll, muß tief hineingehen in die Geschichte von Land und Volk, muß eine Kette sein von glänzenden Waffentaten, hervorragender Tapferkeit, beispielhaftem Opfermut, eine Kette auch aus Disziplin, Kameradschaft und soldatischer Anständigkeit. Die deutsche Geschichte ist trotz der beiden verlorenen Weltkriege, ja gerade unter Einschluß derselben, reich genug an Personen und Ereignissen, die die Bundeswehr zu einer überzeugenden

militärischen Traditionspflege befähigten. Die heute gebotene Ausrichtung des Traditionsverständnisses am Grundgesetz bedeutet ja nicht, daß nur der Kampf für den demokratischen Rechtsstaat traditionswürdig wäre. Denn es gibt eine Reihe wichtigster, über alle Zeiten hinweg verbindlicher Werte, die völlig unabhängig von der jeweiligen Staatsform verpflichten und deren Pflege auch aus der Sicht des Grundgesetzes unerlässlich ist. Es sind dies die Familie, das Hab und Gut, das man von seinen Eltern ererbt oder sich und seinen Nachkommen geschaffen hat, die Heimat, die Kultur im Sinn einer den Menschen veredelnden, weil aus dem bloß naturhaften Dasein heraushebenden Formkraft, das Volk, dem man angehört, und das, was wir mit einem so schönen und ganz zu Unrecht so sehr in Mißkredit gekommenen Wort das Vaterland nennen. Das alles ist, jeweils für sich gesehen, verteidigungswürdig. Damit ist jede militärische Tüchtigkeit, die diesen Werten im Lauf unserer Geschichte gewidmet war, auch für unsere heutige, ausdrücklich auf das Grundgesetz verpflichtete Armee traditionswürdig. Dies gilt auch dann, wenn es sich um militärische Taten der Wehrmacht handelt, denn auch ihre Soldaten kämpften, litten, opferten bis in ihre Spitze hinauf zum allergrößten Teil im besten Glauben für die genannten zeitlosen Werte.“ Ende des Zitats.

Wie sagte doch der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik Vernon Walters:

„Vor dem deutschen Soldaten ziehe ich den Hut. Ich habe bei Anzio und in der Normandie gegen euch gekämpft und kann nur sagen: Eure Soldaten waren erstklassig. Ihr habt in der Wehrmacht eine Armee gehabt, welche die Welt bewundert.“

Und eine solche Armee soll heute kein zuverlässiger Traditionsvermittler sein. Das verstehe, wer will. Ich habe dafür keine Antenne! Obwohl oder gerade weil ich Stauffenberg für einen Ehrenmann, für einen deutschen Patrioten halte!

Vita: Geboren am 20.4.1934 in Nürnberg, aufgewachsen in Gauting bei München, verheiratet, drei Kinder. Nach dem Abitur Studium der Rechte in München und Würzburg. 1953 Eintritt in die Münchener Burschenschaft Rhenania (heute Arminia-Rhenania). Promotion bei Prof. Friedrich August Frhr. von der Heydte mit einem völkerrechtlichen Thema zum Doctor iuris utriusque. Berufliche Tätigkeit nach dem 1960 abgelegten Assessorexamen u.a. im Bundesministerium der Verteidigung, in der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und in der Bundestagsverwaltung. Tätigkeitsfelder u.a.: Staats- und Verfassungsrecht; Außen-Deutschland- und Verteidigungspolitik; internationale parlamentarische Beziehungen. Ministerialdirigent a.D. Freiwillige Wehrübungen bei der Bundeswehr. Mitglied der CSU.

20. Juli 1944--Spannungsfeld zwischen Pflichterfüllung und Gewissen

von Jörg Frey (Brixia Innsbruck)

Ziel meiner nachfolgenden Ausführungen ist nicht eine umfassende und detaillierte Schilderung der Vorgeschichte und des Ablaufs des 20. Juli 1944. Vielmehr möchte ich jene Kriterien aufzählen und beschreiben, welche bei einer Beurteilung dieses Ereignisses berücksichtigt werden müssen, wobei ich mich bemühen werde, den mir gestellten Auftrag sowohl unbelastet von Umerziehung und politischer Korrektheit als auch ohne revisionistische Scheuklappen zu erfüllen.

Der 20. Juli 1944 ereignete sich in einer extremen Ausnahmesituation, welche auch Ausnahmemaßnahmen verlangte, deren Beurteilung jedoch ex tunc und nicht ex nunc zu erfolgen hat.

Welches war die politische und militärische Lage im Sommer 1944?

Das Dritte Reich hat sich nach der noch demokratisch erfolgten Machtergreifung mit Ausschaltung des Reichstages, der Übertragung der Gesetzesbefugnis an die Reichsregierung und dem Verbot aller Parteien außer der NSDAP zu einer Diktatur entwickelt, in der die Gerichtsbarkeit ihre Unabhängigkeit verlor und zu einem Machtinstrument des Staatsapparates verkam, unabdingbare Grund- und Menschenrechte aufgehoben worden sind und bereits durch die Nürnberger Gesetze die Voraussetzung für die Verfolgung und spätere Vernichtung rassischer Minderheiten als Staatsziel geschaffen worden ist. Daß in diesem totalitären Staat für das deutsche Korporationsstudententum und somit auch für die Deutsche Burschenschaft und deren Ideale kein Platz mehr war, sei hier nur nebenbei erwähnt (s. Fußnote). Der als Kampf gegen den Bolschewismus und die kommunistische Weltrevolution geführte Krieg gegen Rußland ist faktisch nicht zur angeblichen Befreiung der dortigen Völker vom Kommunismus, sondern als Eroberungskrieg geführt worden, wobei die im Osten begangenen Grausamkeiten nicht nur die Folge eines wechselweise brutal geführten Krieges, sondern Bestandteil einer geplanten Versklavung und Vernichtung bestimmter Bevölkerungsteile gewesen sind, was sich allein schon aus den schon im vorhinein aufgestellten und von Anfang an im Bereich der einzelnen Heeresgruppen tätig gewordenen SD-Einsatzkommandos ergibt, welche nicht die Folge von Partisanentätigkeiten waren, sondern diese vielmehr gefördert und begünstigt haben.

Für die Beurteilung des 20. Juli 1944 spielt es dabei keine Rolle, welches die inneren und äußeren Ursachen der oben beschriebenen Entwicklung gewesen sind, in welchem Umfang die Friedensdiktate nach dem 1. Weltkrieg und die Politik der späteren Alliierten gegenüber Deutschland für diese Entwicklung mitverantwortlich waren und ob, inwieweit oder ab wann diese Entwicklung zwingend vorhersehbar war, sondern daß ein solcher Zustand erreicht worden war und der nationalsozialistische Machtapparat von sich aus zu keiner Änderung bereit war.

Militärisch war der Krieg spätestens nach der geglückten Invasion der Alliierten in der Normandie verloren. Hält man sich nun vor Augen, daß nach dem 20. Juli 1944 mehr Kriegstote als in den vier Jahren zuvor zu beklagen waren, die systematische Zerstörung deutscher Städte erst nach dem 20. Juli 1944 ihren Höhepunkt erreichte, noch hunderttausende Juden und unzählige politische Gegner bis zum letzten Kriegstag umgebracht worden sind und bei noch späterem Kriegsende die ersten zwei Atombomben wahrscheinlich nicht auf Japan sondern auf Deutschland abgeworfen worden wären, konnte es nach der Invasion keinen vernünftigen Grund mehr für die Fortsetzung des Krieges geben.

Jede verantwortungsbewußte Staatsführung hätte in dieser Situation im Interesse des deutschen Volkes alles unternommen müssen, um den Krieg möglichst bald zu beenden, und hätte nicht das eigene Leben auf Kosten anderer noch um Monate verlängern dürfen.

Da Hitler unter keinen Umständen zu einer Beendigung des Krieges bereit oder in der Lage war, war seine Beseitigung dafür eine zwingende Voraussetzung.

Daß die Verschwörer teilweise aus verschiedensten politischen Motiven gehandelt und auch unterschiedlichste politische Ziele verfolgt haben, hat auf die obigen Überlegungen keinen Einfluß, wie auch angesichts der oben beschriebenen Lage der Frage, ob es sich hier um Landes- oder Hochverrat gehandelt hat, keine wirkliche Bedeutung mehr zukommen kann.

Selbstverständlich hätte man auch im Falle des Gelingens des Putsches weitere Kriegsoffer durch Tod und Gefangenschaft nicht verhindern können. Die im Zuge einer solchen Kapitulation angefallenen Opfer sind jedoch durch ein Hinauszögern dieser Kapitulation bis Mai 1945 nicht nur nicht vermieden, sondern in den dazwischen liegenden Kriegsmonaten noch um ein Vielfaches erhöht worden.

Allerdings hätte ein gelungenes Attentat noch lange nicht den Erfolg des Putsches garantiert, nachdem die Alliierten den deutschen Widerstand von Anfang an benutzt, jedoch nie ernst genommen haben und aufgrund der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, Androhungen wie dem Morgenthauplan, der Ankündigung rigoroser Liquidierungen deutscher Offiziere und des ungewissen Schicksals von Millionen Soldaten an der Ostfront die wirklichen Folgen für niemanden vorhersehbar waren, weswegen auch der nicht gewissenlos gehandelt hat, der sich aus seiner Sicht verpflichtet sah weiterzukämpfen.

Daß für viele Offiziere der Fahneneid ein moralisches Hindernis war, sich dem 20. Juli anzuschließen, muß respektiert werden, wie auch jene zu respektieren sind, die sich nicht mehr an ihren Eid gegenüber Hitler gebunden sahen, für welchen die ihn als Eidnehmer treffenden Pflichten schon lange keine Bedeutung mehr hatten. Die Ehre des Offiziers gipfelt nicht in Selbstvernichtung und Kadavergehorsam, sondern verlangt eigenes Gewissen und auch Risikoentscheidungen.

Daß sich die Deutsche Burschenschaft mit dem 20. Juli 1944 befaßt, wie dies anlässlich des Seminars im Februar dieses Jahres in Eisenach – leider ohne Beteiligung der ein Bekenntnis zum 20. Juli 1944 fordernden Bünde -- erfolgt ist, ist richtig. Allen Bünden und Burschenschaften zu dieser Frage jedoch ein einheitliches „Glaubensbekenntnis“ abzuverlangen, läuft auf eine abzulehnende Dogmatisierung hinaus, die der Komplexität dieses Ereignisses nicht gerecht werden kann. Vielmehr sollten wir allen Achtung zollen, die damals, egal wie sie sich entschieden haben, ihrem Gewissen folgend ihr Leben eingesetzt haben.

Fußnote:

Zitat aus Gerd Rühle -- Das Dritte Reich 1935, Hummel-Verlag, Berlin: „Das deutsche Korporationsstudententum wird dem unbedingten Untergang geweiht sein, wenn es nicht instande ist, sich mit Hilfe der sich ihm bietenden Weltanschauung der nationalsozialistischen Bewegung im Rahmen dieser Bewegung eine Aufgabe zu stellen, ... und seine Daseinsberechtigung verlieren, wenn die Korporationen ihre Gemeinschaften nicht zu nationalsozialistischen Erziehungseinheiten umformen, in welchem Sinne die Richtlinien des NSD-Studentenbundes über die weltanschaulich-politische Erziehungsarbeit der Korporationen verlangt haben, daß die jeweiligen Schulungsleiter einer Korporation ausschließlich der Führung des Hochschulgruppenführers oder der Dienststelle der Partei unterstehen und jede Einflußnahme von Seiten der Altherrenschaft auf die weltanschaulich-politische Erziehung zu unterbleiben hat.“

Vita: Sudetendeutscher Abstammung, geb. 1947 in Leoben, aufgewachsen ab 1950 in Vorarlberg, 1965 Matura am Humanistischen Gymnasium in Feldkirch, anschließend Bundesheer (Ausbildung als einjährig-Freiwilliger zum Milizoffizier), heutiger Dienstgrad: Oberst, letzte Kommandantenfunktion: Bataillonskommandant, 1966 bis 1970 Jus-Studium, Aktiv bei der B! Brixia seit 1967, z.Zt. Altherrenobmann der B! Brixia, 1971 Gerichtsjahr in Innsbruck und Feldkirch, seit 1972 in einer Anwaltskanzlei in Liechtenstein, verheiratet (4 Töchter).

Das Geheime Deutschland. Die Weltanschauung des Stauffenbergkreises zwischen konservativer und nationaler Revolution

von Karlheinz Weißmann

Man wird nicht behaupten können, daß Stauffenberg in Vergessenheit gerät. Eher ist von einem steigenden Interesse an seiner Person, seinem familiären und geistigen Hintergrund zu sprechen. Das gilt für die breitere Öffentlichkeit, wie man am Erfolg der Spielfilme über den 20. Juli 1944 von ARD und ZDF feststellen konnte, und es gilt erst recht für die Geschichtsschreibung. Mit den Arbeiten von Christian Müller, Peter Hoffmann und Eberhard Zeller, der selbst noch dem Umkreis Stauffenbergs angehört hatte, wurden gründliche und eindringende Darstellungen seines Lebens vorgelegt. Damit konnten auch die älteren Verzerrungen beseitigt werden, die entweder alle Konturen eingeebnet oder Stauffenberg zum Prototyp des bekehrten Hitleranhängers gemacht hatten, der 1933 an der Spitze einer Demonstration durch Bamberg gezogen war und erst unter dem Eindruck des Kriegsverlaufs seine Haltung korrigierte.

Dieser größeren Exaktheit in der äußeren Erfassung Stauffenbergs steht allerdings ein Verlust an innerer Erfassung gegenüber. Hoffmann hat in seinem großen Buch über die Brüder Stauffenberg geäußert, es fehle den Heutigen das „Wissen vom Besonderssein“, das Gleichheitsdogma habe sie stumpf gemacht für die Wahrnehmung eines Ausnahmemenschen. Die Gegenwart hat den größten Teil jener Tradition verloren, die einen Zugang zu der Welt eröffnete, in der Stauffenberg lebte.

Das „Besonderssein“ Stauffenbergs muß früh erkennbar gewesen sein, angeborenes Rangbewußtsein, Reife und eine besondere Ausstrahlung spielten dabei zusammen. Andeutungen finden sich in den Fragmenten der Korrespondenz, die aus seiner Jugendzeit erhalten sind, und dann in den Aussagen über den Jüngling und jungen Erwachsenen. Stauffenbergs Frau hat später geäußert, die Entscheidung ihres Mannes für die Offizierslaufbahn – die sogar seine Familie überraschte – habe damit zu tun gehabt, daß er „bewußt den Weg eines Heldenlebens“ gegangen sei. Die Annahme, daß er zum „Täter“ geboren wurde, war auch im George-Kreis verbreitet, in dem Stauffenberg seine geistige Prägung erhielt.

Diese Prägung war entscheidender, als die durch seine Herkunft aus dem katholischen Adel Schwabens. Selbstverständlich spielte die Zugehörigkeit zur alten Oberschicht eine Rolle für seine gesellschaftliche Stellung, aber Nostalgien waren ihm fremd. Die Äußerungen über die 1918 gestürzten Dynastien klangen eher wegwerfend, bestenfalls mitleidig, weil ihnen der Mut gefehlt hatte, das angestammte Recht zu verteidigen. Auch der Einfluß von Schule oder Jugendbewegung – Stauffenberg war Mitglied der „Neupfadfinder“ – scheint wenig nachhaltig gewirkt zu haben. Bedeutung hatte die Verwurzelung im Christentum, aber ausschlaggebend war die Begegnung mit George; Stauffenberg bekannte später, er „habe den größten Dichter seiner Zeit zum Lehrmeister gehabt“ und sogar, George sei der „größte Mann“ seiner Zeit gewesen. George seinerseits hat Stauffenberg innerhalb des Kreises ausgezeichnet und ihn unter die Auserwählten, die „Staatsstützen“, gezählt. Die Verbindung zwischen beiden blieb bis zum Tod des Dichters 1933 bestehen; Stauffenberg gehörte zu denen, die an das Sterbelager in Minusio gerufen worden waren und dann die Totenwache hielten.

Im Vergleich zum rasch abgeschlossenen der persönlichen Form erscheint der berufliche Werdegang Stauffenbergs nach der Schulzeit – Eintritt in die Reichswehr 1926, Ernennung

zum Leutnant 1930, Lehrgang an der Kriegsakademie in Berlin 1936-1938, danach Ib in der 1. Leichten Division – fast unerheblich. So deutlich sich auch in seiner Laufbahn Intelligenz und Führungsqualitäten zeigten, Selbstbewußtsein bezog er nicht aus einer störungsfreien Karriere, sondern aus einem bestimmten Entwurf der eigenen Persönlichkeit. Dafür spielte Georges Lehre vom symbolischen Menschen eine wichtige Rolle. Diese Lehre stand im Zusammenhang mit der Geschichtsbetrachtung, die der Dichter in seinem Kreis förderte und mit der Erwartung eines „Neuen Reichs“ verband, in dem das „geheime Deutschland“ seine endgültige Gestalt gewinnen würde.

Soweit sich das sagen läßt, hat Stauffenberg von den Epochen der Vergangenheit vor allem das Mittelalter beeindruckt. Aus Anlaß einer Reise seines Kriegsakademiejahrgangs nach Schwaben hielt er eine enthusiastische Ansprache über seine Heimat und deren Bedeutung als Stammland der Staufer. In Bann geschlagen haben ihn außerdem die Führer der „Deutschen Bewegung“, des großen nationalen Aufbruchs im Kampf gegen Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts. An dem Buch seines Freundes, des Germanisten und Historikers Rudolf Fahrner über Gneisenau hat er selbst mitgewirkt, und auch dafür gesorgt, daß Fahrner vor Offizieren über Gneisenau sprechen konnte. Dabei unterschied sich die Vorstellung von Gneisenau, die Stauffenberg und Fahrner vertraten, sehr deutlich von der üblichen patriotischen Verklärung. Für sie war Gneisenau vor allem die nicht zur Vollendung gekommene Gegengestalt Napoleons. Das wirkt weniger irritierend, wenn man bedenkt, daß der George-Kreis nie die platte Feindseligkeit gegen Napoleon geteilt hatte, die in nationalen Kreisen üblich war, sondern in ihm eine große Potenz der europäischen Geschichte sah, einen Umgestalter der Verhältnisse, einen Heros, der aber an der Aufgabe scheiterte, eine neue Weltordnung zu schaffen.

Das Scheitern war ebenso tragisch wie notwendig, denn Napoleon hatte das innere Gesetz seines Zeitalters nicht begriffen. Tragisch war auch das Scheitern Gneisenaus, in dem Fahrner und Stauffenberg einen revolutionären Kopf sahen, der wie Napoleon bereit war, alles zu beseitigen, was daran hinderte, eine neue organische Staatsform zu schaffen. Noch in dem von Fahrner formulierten „Eid“ der Verschwörer finden sich an zentraler Stelle Aussagen, die auf diese Deutung Gneisenaus zurückgehen: die Einheit des Volkes bei Verwerfung der „Gleichheitslüge“, die Idee eines neuen Adels, der aus den Besten aller Stände hervorgehen sollte, der Respekt vor der kosmischen Ordnung und vor dem göttlichen Recht.

Daß Stauffenberg durch seine Mutter ein Urenkel Gneisenaus war, spielte sicherlich auch eine Rolle für die Art und Weise, wie er sich zu diesem Mann in Beziehung setzte. Und weiter hängt das eigenartig sachliche Interesse Stauffenbergs an Hitler mit der Idee der historischen Entsprechungen zusammen. Zeller hat eine Reihe von Belegen dafür überliefert, daß er in den Friedensjahren jede vorschnelle und abfällige Bemerkung in seiner Gegenwart verbot. Er hielt es in dieser Zeit noch für ungeklärt, welche geschichtlichen Kräfte sich in Hitler verkörperten, ob man ihm nicht wie Napoleon zugute halten mußte, daß er „die leergewordenen Formen zerbrach“.

Das war keine ideologischer Sympathie, erklärt aber das Nebeneinander von grundsätzlicher Loyalität – vor allem nach Kriegsbeginn –, prinzipieller Reserve und der Erwägung, daß Widerstand notwendig werden könnte. In der ersten Phase des Krieges zeigte Stauffenberg vorsichtigen Optimismus, gespeist von der Erwartung des Soldaten, sich im Feld auszuzeichnen, aber auch von der Hoffnung, daß Hitler die überraschend leicht errungenen Siege sinnvoll nutzen würde. Wie viele seiner weiter denkenden Zeitgenossen hoffte Stauffenberg, daß die Niederwerfung Frankreichs den unseligen Kampf um die Hegemonie auf dem Kontinent ein für allemal beenden würde. Daß Hitler die Gelegenheit nicht erfaßte

und dann im Osten eine auf Unterdrückung und Zerstörung gerichtete Strategie verfolgte, belehrte ihn aber rasch über die Sinnlosigkeit seiner Erwartungen.

Bedenkt man die Kürze der Zeit, die zwischen seiner ersten Weigerung, die militärische Opposition zu unterstützen 1939 und dem Entschluß zum aktiven Widerstand lag, und die Fülle der Ereignisse, dann läßt auch das deutlich werden, daß Stauffenberg immer grundsätzlich mit der Möglichkeit einer Entscheidung gegen Hitler gerechnet hatte. Nachdem sie getroffen war, trat er rasch in das Zentrum des Geschehens, erlangte einen bestimmenden Einfluß auf die Pläne der Opposition und wurde vor allem zum Motor der praktischen Vorbereitungen zum Staatsstreich. Was Stauffenberg dabei leistete, gedeckt durch seine Position als Stabschef des Allgemeinen Heeresamtes und trotz der schweren, im Afrikafeldzug erlittenen Verwundung, um den Staatsstreich in letzter Stunde zu realisieren, war Ausdruck für die innere Überzeugung von der Notwendigkeit der Tat. Der Untersuchungsbericht der Gestapo vermerkte nach der gescheiterten Erhebung mit widerstrebender Bewunderung: „Kennzeichnend für die Persönlichkeit Stauffenbergs scheint eine erhebliche Willenskraft und geradezu asketische Härte gegen sich selbst gewesen zu sein.“

Wie sehr Stauffenberg von der Möglichkeit des Gelingens überzeugt war, ist nicht mehr zu klären. Es spricht viel dafür, daß der Opfer-Charakter seines und des Tuns seiner Freunde immer stärker in den Vordergrund rückte. Die Idee des Opfers ist uns so fremd geworden wie die des „Besondersseins“, aber auch das nicht zu unserem Besten. Ohne Opfer kein Kult, ohne Kult keine Kultur. Zum Wesen des Opfers gehört der Verzicht, die Bereitschaft etwas aufzugeben, nicht zu verwirklichen, um Höheres zu erreichen oder in seinem Bestand zu sichern. Verzicht gehört auch zum Helden, der sich der Realisierung bestimmter Züge seines Wesens bewußt enthält. Vielleicht werden wir keine Helden wie Stauffenberg mehr sehen, aber wir sollten sie uns als „reinigendes Ideal“ (Joachim Latacz) vor Augen halten.

(Der hier veröffentlichte Vortrag ist nicht zur Gänze identisch mit dem auf dem Seminar gehaltenen Vortrag, da Herr Dr. Weißmann in dankenswerter Weise für einen ausgefallenen Referenten eingesprungen ist und große Teile seiner Rede frei gehalten hat. Aufgrund zeitintensiver Vorarbeiten für diverse Publikationen war es Herrn Dr. Weißmann nicht möglich den Text seiner auf dem Seminar gehaltenen Rede den BBL zur Verfügung zu stellen)

Vita: Mitglied der Deutschen Hochschulgilde Trutzburg Jena zu Göttingen. Jahrgang 1959, verheiratet, eine Tochter, Studienrat für Geschichte und Evangelische Religion, Dr. phil., Publizist, Festredner des Burschentages 2002, Ideengeber und Vordenker einer neuen konservativen Geisteshaltung, letzte Buchveröffentlichungen (Auswahl): *Männerbund*, Edition Antaios; *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932*, Ares-Verlag; *Die Besiegten*, Edition Antaios.

Kriegsziel Niederlage! - Die dunkle Seite des Widerstandes gegen Hitler

von Hans Meiser

„...auch wenn ein ganzes Volk
dafür zugrunde geht!“
(Dietrich Bonhoeffer)

Unter Historikern herrscht heute Einigkeit, daß die Weimarer Republik nicht an Hitler, sondern an der Unfähigkeit der demokratischen Politiker zugrunde gegangen ist. Sie hatte so

abgewirtschaftet, daß niemand, auch nicht die Widerständler, sich nach ihr zurücksehnten. Hatten sich 1933 noch weniger als 50% der Wähler für Hitler entschieden, so änderte sich das angesichts der erfolgreichen Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte das Regime über 80-90% des Volkes für sich gewonnen. Die übrigen waren Deutsche, die keineswegs mit der Diktatur einverstanden waren und nach Mitteln und Wegen suchten, das NS-System zu überwinden. Die meisten davon waren echte Patrioten, wenn man von Kommunisten absieht, die ihr Vaterland in der Sowjetunion sahen. Sie alle lehnten Hitler kategorisch ab, forderten aber merkwürdigerweise von den Alliierten, daß nach einem Putsch die Grenzen des Großdeutschen Raumes, die Hitler mit dem Anschluß Österreichs, des Sudetengebietes und des Memellandes erreicht hatte, selbstverständlich erhalten bleiben.[1] Einige forderten sogar noch die Rückgabe der Kolonien, Elsaß-Lothringens, Südtirols und des polnischen Korridors, worauf sogar Hitler verzichtet hatte.

Grundsätzlich stellt sich für Regimegegner die Frage, ob es zumindest hinzunehmen, wenn nicht gar anzustreben ist, daß ein unmenschlicher Tyrann gewaltsam beseitigt wird, zumal es, wie die Geschichte zeigt, fast immer mit blutigen Exzessen oder gar Bürgerkriegen verbunden ist. Doch versetzen wir uns einmal in die Gedankenwelt eines Widerständlers der Vorkriegszeit. Was einen Tyrannenmord betraf, so lehnten wegen der damals noch starken kirchlichen Bindungen die meisten jeden Mord, als nicht mit ihrem Gewissen vereinbar, kategorisch ab. Ganz abgesehen davon, daß so gut wie niemand sich damals bereitgefunden hat, dabei sein Leben zu riskieren oder gar sicher zu verlieren.

Hatte man sich dennoch für ein Attentat entschieden, ergab sich die Frage nach den „Kollateralschäden“, wie das heute verharmlosend heißt. Als erster setzte sich Georg Elser darüber hinweg, der 1939 im Hochbräuhaus München ein Sprengstoffattentat verübte, das zwar Hitler nicht mehr traf, aber vielen Unschuldigen Gesundheit oder das Leben kostete. Auf Kosten anderer handelten auch jene, die mit Sabotage im Krieg viele Soldaten in den Tod oder in tödliche Gefangenschaft trieben. So hatte z. B. Stauffenberg General Speidel vorgeschlagen, große Löcher in die Verteidigungslinien der Normandie zu reißen, damit die Invasoren durchmarschieren könnten.

Schließlich blieb noch das schärfste Mittel: Der Landesverrat. Zu diesem aber waren die Hauptverantwortlichen des Widerstandes von Anfang an entschlossen, wobei sie sogar so weit gingen, die Angloamerikaner zum Krieg gegen das Reich zu drängen. Daraus ergibt sich: Es gab zwar Tausende Widerständler, die erstens patriotisch und nie an Mord dachten (z. B. von Moltke), die aber so naiv waren, zu glauben, die Gegner wollten lediglich zur Beseitigung Hitlers helfen. Daß die Briten das Deutsche Reich für immer zerstören wollten, haben sie erst nach dem Kriege erkannt, wie Eugen Gerstenmaier bekennen mußte. Das bedeutet letztlich, daß scharf zwischen Widerstand und Landesverrat unterschieden werden muß. Letzterer ist auf der gesamten Welt verpönt und mit strengsten Strafen belegt. Lord-haw-haw, der im Krieg für die Deutschen (nur!) als Rundfunksprecher gearbeitet hatte, wurde von den Briten nach dem Krieg gehängt. Im Sefton-Delmer-Hetzfunk des BBC arbeiteten während des Krieges Dutzende Deutsche, u. a. Otto John, die nach dem Krieg mit Ehren und Posten überhäuft bzw. belohnt wurden.

Im folgenden werden nur die wichtigsten Landesverräter genannt, die unberechtigterweise heute als Helden oder Märtyrer gelten, die in jedem anderen Lande nach einem Krieg bestraft und verachtet worden wären. In Frankreich, Italien oder Norwegen wurden nach Kriegsende Tausende Landesverräter und Kollaborateure hingerichtet. Als Beweise für den Landesverrat wird nur eine kleine Auswahl wesentlicher Informationen oder Forderungen vorgebracht, mit

denen die „Widerständler“ bei britischen Repräsentanten vorstellig wurden. Die Dokumente stammen vorwiegend aus britischen Staatsarchiven.

In seinem Buch „Die unglaubliche Geschichte des **Admirals Wilhelm Canaris**“ berichtet Jan Colvin, Master Spy der Briten, von einem Mann, „der gleichzeitig Hitlers Abwehrchef und ein heimlicher Verbündeter der Briten war“. (New York 1951, p. 148)

Goerdeler, Karl behauptete, um die antideutsche Stimmung in England zu schüren und dieses in den Krieg zu drängen, daß Hitler Holland und die Schweiz angreifen werde, um ein Pfand gegen die Westmächte in der Hand zu haben. (Foreign Office -- FO 371/22961, C 887,20. 1. 1939)

Goerdeler berichtete Sir Roberts, daß Hitler einen Angriff für die allernächste Zukunft im Westen beschlossen habe, daß Hitler mit den Niederländern Streit suchen und dann Holland, Belgien und die Schweiz erobern werde. (FO 371/22961, C 864, 21. 1. 1939)

Goerdeler fordert, daß die „westlichen Demokratien offen intervenieren oder den **Präventivkrieg** riskieren“ sollen. (FO 371/21708, C 12655, 18. 10. 1938)

Goerdeler: „Geben Sie keinen Fußbreit nach. Hitler ist in einer sehr schwierigen Lage. Sorgen Sie dafür, die Verantwortung für irgendwelche Gewaltanwendung auf seine Schultern zu schieben“ (FO 371/21664, 29. 9. 1938)

Goerdeler zu Ashton-Gwatkin: „Die einzige Chance, Hitler und die Armee zu trennen, wäre die, Deutschland und Italien **in einen Krieg zu verwickeln**.“ (FO 371/22973, C 8004, 30. 5. 1939)

Goerdeler riet im Juni 1939 in einem Brief Vansittart zu einer „Wirtschaftsoffensive, getarnt als Privatinitiative“. (FO 371/23009, C 8923, 25. 5. u. 16. 6. 1939)

Halder, Generalstabschef, wurde mit der folgenden Begründung entnazifiziert: „Das Verhalten Halders 1938 war jedenfalls vollendeter Hoch- und Landesverrat.“ (Dr. Martin Horn, Halder Schuld oder Tragik?, München 1948, S. 37)

Kleist-Schmenzin, Major Ewald v., reiste am 18. August 1938 mit Wissen von Ludwig Beck, Canaris und Oster nach London und sprach dort mit Churchill, Lord Lloyd und Vansittart. (FO 371/21731, C 8451, 17.8. 1938)

Kleist-Schmenzin behauptete am 18. August 1938 gegenüber Sir Robert Vansittart, daß Hitler zum Kriege entschlossen sei... In dem anschließenden Gespräch vom 19. August betonte er gegenüber Churchill, daß nach der Beseitigung Hitlers „ein neues Regierungssystem innerhalb 48 Stunden errichtet werden könne“. (DBFP 11, S. 687f.)

Vansittart notierte über Chamberlains Reaktion auf den Besuch von Kleist-Schmenzin: „Aus des Premierministers Brief geht hervor, daß er sehr beeindruckt war über das, was Herr Kleist sagte.“ Weil Kleist-Schmenzin den Engländern vorgelogen hatte, daß Hitler den Krieg will, wurde nun das britische Kabinett beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die größte Bereitschaft für den Krieg im Oktober herzustellen.

Kleist-Schmenzin traf sich mit Jan Colvin, Englands Meisteragent in Berlin. Colvin schrieb später, daß „jeder einzelne kurze Satz, den er sagte, genügt hätte, ihn [Kleist] sofort zum Tode verurteilen zu lassen“. (Colvin, Vansittart in office, S. 210f.)

Kleist behauptete: „Hitler hat seine Pläne gegen Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Rußland, gegen England und die Neue Welt! Er will Kanada und Sibirien annekieren.“ (Michael Freund, Geschichte des Zweiten Weltkriegs in Dokumenten, Bd. I, Freiburg 1953, S. 36)

Kleist-Schmenzin verriet am Morgen des 30. August 1939 dem britischen Militärattache militärische Geheimnisse mit der Anweisung, „Nach Warschau weitergeben“-- „Hitler hat den Generalstab gezwungen, den ausgearbeiteten Plan gegen Polen zu ändern... Der neue Plan besteht in einer direkten Offensive von Pommern und der Grenzmark aus gegen Warschau... Tempelburg sei das größte Horch- und D-F-Zentrum an der Ostfront...“ (DBFP VII, No. 546)

Kleist-Schmenzins landesverräterische Geheiminformationen ließ Chamberlain am folgenden Tage, dem 31. August, an Oberst Beck weitergeben, um den Widerstand Polens gegen den deutschen Verhandlungswillen aufrechtzuerhalten. (DBFP VII, No. 605)

Am 28. August 1939, teilte eine „erstklassige deutsche Quelle“ (d. i. Kleist) London mit, „daß die deutsche Armee in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag, den 30./31. August, endgültig bereit sei, Polen anzugreifen. Der Hauptangriff auf Warschau wird von Ostpreußen und der Slowakei geführt werden. Hierüber wurde Oberst Beck sofort streng vertraulich unterrichtet.“ (FO 371/22978, C 12234, 28. 8. 1939)

Koerber, Rittmeister a. D. von, erklärte im August 1938 dem englischen Militärattache Mason-MacFarlane, daß alles von der britischen Haltung abhängen, die deutsche „Kriegspartei“ zu besiegen und **deshalb müsse es in den Krieg eintreten**, damit dieser nicht „nur drei Monate, sondern drei Jahre dauere“. (FO 371/21730, 4.8. 1938)

Kordt, Erich, Gesandtschaftsrat, Leiter des Londoner Botschafterbüros, übergab am 7. Februar 1938 Außenminister Hull im State Department in Washington eine von ihm gefälschte Version des genannten Berichtes A. 5522, den Ribbentrop als „Streng Vertraulich“ an Hitler gesandt hatte. (Verschwörer-Apologie Erich Kordt, Nicht aus den Akten, S. 94ff.)

Kordt, Erich sprach am 13. Juni 1939 in London mit dem französischen Journalisten Maillaud. Dieser sandte die Aufzeichnung seines Gespräches an das Foreign Office, u. a., daß im **Juli wichtige Truppenbewegungen** in Deutschland stattfinden werden. Es handle sich um „starke Konzentrationen an der Westfront und um die kriegsmäßige Belegung der Befestigungen im Osten“, (DBFP VI, p. 707ff. 1. Juni 1939. FO 371/22973)

Kordt, Erich: übergab Ivone Kirkpatrick die Alarmnachricht zur sofortigen Weiterleitung an die britische Regierung, daß Hitler im März 1939 London bombardieren werde. (Cadogan Tagebücher 15. und 22. Dezember 1938, S. 130f.)

Müller, Dr. Josef („Ochsensepp“), Oberleutnant der Reserve in der Abwehr. Am 3. Mai 1940 verriet er einem belgischen Kapuzinerpater den Angriffstermin (Frankreichfeldzug) und Operationspläne der deutschen Wehrmachtsführung. Schließlich informierte er auch noch den General-Abt der Prämonstratenser, Hubertus Noots. (Ludloff, Peter W., Papst Pius XII, die britische Regierung und die deutsche Opposition im Winter 1939/40, Dokumentation in VfZg 22/1974)

Oster, Hans, unter Admiral Canaris Leiter der Abteilung Z des Amtes Ausland Abwehr, beschwor nach Kriegsausbruch bei jeder Gelegenheit die Militärführer, Hitler zu entmachten. Canaris, der Osters Einstellung kannte und selbst mit London konspirierte, ließ ihn weitgehend gewähren und schützte ihn vor der Gestapo.

Oster warnte am 3. April die Norweger vor dem geplanten Einmarsch der deutschen Wehrmacht. Oster entschloß sich ein weiteres Mal zum Landesverrat, indem er die Angriffspläne (Frankreichfeldzug) an die Alliierten verriet. (Ludloff, Peter W., Papst Pius XII, die britische Regierung und die deutsche Opposition im Winter 1939/40, Dokumentation in VfZg 22/1974)

Rauschning stellte am 1. Februar 1939 gegenüber dem Foreign-Office-Beamten F.A. Ashton-Gwatkin die Behauptungen auf, „von Brauchitsch und Keitel persönlich erfahren zu haben“, daß im Juli oder August Holland und die Schweiz angegriffen würden. (FO 371/23005, C 1323)

Ritter, Hans, 1935 bis 1938 an der deutschen Botschaft in Paris tätig, arbeitete gleichzeitig in landesverräterischer Weise für den britischen Geheimdienst. Forderte die Briten wiederholt zur Standhaftigkeit gegenüber Hitler-Deutschland auf.

Schacht, Hjalmar, ehemaliger Reichsminister: Am 5. August 1939 erhielt das Foreign Office Kopien von Dokumenten mit Aussagen von „Schacht persönlich“, die über „Hitlers Kriegspläne“ aussagen, daß Hitler entschlossen sei, bei erster Gelegenheit im Osten zu handeln, um die Herrschaft über Europa und die Zerstörung des „degenerierten“ britischen Empires zu erreichen. (FO 371/22975, C 11073)

Schacht, Hjalmar: Chamberlain empfing Schacht am 16. Dezember 1938. Dieser forderte: „Kein ‚appeasement‘ mit Hitler.“ Anfang August 1939 ließ Dr. Schacht London mitteilen: „Nur durch einen Krieg kann Hitler beseitigt werden.“ (FO 371/22976, C 11329 3. 8. 1939)

Schlabrendorff, Fabian von: In seinem Buch heißt es u. a. „Erfolg Hitlers unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern, auch **auf Kosten einer schweren Niederlage des Dritten Reiches**, war unsere dringlichste Aufgabe.“ (Fabian von Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*, Askona/New York, *Erstausgabe* 1946, S. 38)

Schwerin von Schwanefeld, Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin, Major von, erklärte am 26. Januar als Gast in der Englischen Botschaft, daß Deutschlands Ziel „die Weltherrschaft“ sei. Hierzu schreibt Strang vom FO: „Schwerins Bemerkungen sind entweder großer Verrat oder er hat den Befehl von oben erhalten, unsere Nerven zu testen, um herauszufinden, wie weit Hitler bluffen kann.“ (FO 371/22963, C 1291, 26. 1. 1939)

Stauffenberg, Graf, bat General Speidel, Chef des Stabes des Generalfeldmarschalls Rommel, vorzuschlagen, „dafür zu sorgen, daß durch falsche Befehlserteilung ein Loch in der Westfront aufgerissen werde, um einen Durchbruch der Alliierten zu ermöglichen.“ (Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*, Askona/New York, *Erstausgabe* 1946, S. 129)

Weizsäcker, Ernst von, Staatssekretär im Berliner Auswärtigen Amt, warf „Sand in das Getriebe“ des Auswärtigen Amtes. (Kosthorst, Erich, *Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug*, Bonn 1957, S. 80)

Um den Sturz des Regimes herbeizuführen, begann Weizsäcker im Mai 1938, seine „Doppelrolle“ aktiv zu spielen. (Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 165)

Weizsäckers Geheimtreffen mit Burckhardt im Berliner Tiergarten: Am 27.7 verriet er dem Hohen Kommissar von Danzig, C. J. Burckhardt, „in voller Offenheit und ohne jede Vorsichtsmaßregel“, alles über seine Konspiration mit dem potentiellen englischen Gegner wie auch über die geheime Mission Erich Kordts, Koerbers und Kleist-Schmenzins, ferner, daß ein Attentat auf Hitler bevorstehe und „wie weit er selbst in die Verschwörung verstrickt war“. (Burckhardt: *Meine Danziger Mission*, S. 182 f.)

Weizsäcker selbst nennt sein Gespräch mit Burckhardt einen „riskanten und ungewöhnlichen Schritt, der natürlich hinter dem Rücken der Staatsleitung ausgeführt worden sei“, und er bezeichnet seine Handlungsweise als ein „doppeltes Spiel in amtlicher Stellung“. (Weizsäcker, S. 178)

Tatsächlich ist es in Deutschland noch nie vorgekommen, daß höchste Beamte wie Weizsäcker und oberste Militärs wie Ludwig Beck und Admiral Canaris einen potentiellen Feind aufforderten, gegen ihr eigenes Land, gegen Deutschland, vorzugehen.

Theo Kordt trug in der Nacht vom 7. auf den 8. September in der Downing-Street 10 Halifax persönlich eine von „Weizsäcker formulierte Erklärung“ vor. (Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Krefeld 1951, S. 74): „Nach unserer genauen Kenntnis plant Hitler einen Angriff auf die Tschechoslowakei...“ (Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, Berlin 1951, Bd. 4, S. 447)

Weizsäcker hatte am 11. Juni 1939 über Burckhardt der britischen Regierung den Ratschlag gegeben: England müsse „an einer festen Front, ‚einem drohenden Schweigen‘ silence menaçant“ festhalten. (Makins Memorandum v. 12. Juni 1939, DBFP VI, No. 36)

Wiedemann, Fritz, Hauptmann a. D., Hitlers Vorgesetzter im 1. Weltkrieg und seit 1935 einer seiner persönlichen Adjutanten. Wiedemann wurde von Halifax am 18. Juli 1938 empfangen. Wiedemann ließ die „Engländer als auch die Amerikaner wissen, daß Hitler innerlich sehr stark mit dem Gedanken an einen Krieg“ spiele. (DBFP I, No. 510)

Wiedemann sagte zum damaligen Reichsgerichtsrat von Dohnanyi bezüglich Hitlers: „Gegen den Mann hilft nur noch der Revolver! Aber wer soll es machen? Ich bin hier in einer Vertrauensstellung.“ (Wiedemann, *Der Mann, der Feldherr werden wollte*, Velbert 1964, S. 171.) (ADAP VII, S. 545)

Wiedemann: Mit dem Datum vom 30. Juni 1938 erhielt Vansittart von Fritz Wiedemann einen Bericht über die Lage in Deutschland: (FO 371/21708, 8. Juli 1938)

Wiedemann war befreundet mit Canaris, Oster sowie Albrecht Haushofer und hatte, genau wie der Admiral, jederzeit Zutritt zum Kanzler. Er lehnte es ab, Hitler mit dem Revolver entgegenzutreten, aber er ermutigte seine Freunde, dies zu tun. (FO 371/21781, 28.7.1938, C 7938)

Wirth, Joseph, Reichskanzler von 1921-22, arbeitete bis 1940 als wichtiger Informant für den französischen Nachrichtendienst „Services spéciaux“, was praktisch Landesverrat bedeutete. Als Repräsentant einer bürgerlichen Opposition in Deutschland riet er London, Hitler gnadenlos anzugreifen.

Barth, Karl, Theologieprofessor: „Ein nationalsozialistischer Sieg wäre für uns die denkbar größte Niederlage, dann lieber ein verwüstetes Deutschland.“ (H. Grimm, *Warum – woher – aber wohin?* Lippoldsberg 1954, S. 415)

Kriegsschuld des „Widerstandes“

Der amerikanische Historiker S. T. Possony -- Hoover Institution, Stanford/Californien, USA -- befaßt sich in seinem Werk *Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage* (Köln 1968) mit den „Maßstabsfragen sittlichen wie politischen Handelns“. Was die Schuld kleiner Gruppen oder Einzelpersonen betrifft, so nimmt er die folgende grundsätzliche Stellung ein:

Kann man Chamberlain noch zugute halten, daß er glaubte, seine törichte Deutschlandpolitik diene dem Besten seines eigenen Landes, so kann dem Handeln der deutschen Verschwörer dieses Prädikat nicht zuerkannt werden, denn alle ihre Maßnahmen wurden „wissentlich im Interesse der Feinde“ getroffen. Jetzt, da ein Teil der bisher versiegelten Chamberlain-Papiere zu unserer Kenntnis gekommen ist, wird allmählich der ganze Umfang des verräterischen Wirkens der Verschwörer bekannt. Die Verschwörer legten Wert auf ihr sittliches Widerstreben gegen Gewaltpolitik. Aber sie versuchten seit 1938, den Kriegsausbruch zu erzwingen, um die Reichsregierung mit Gewalt zu beseitigen. J. F. Taylor schreibt dazu: „General Ludwig Beck ist der erste Soldat gewesen, der für sich das Recht in Anspruch nahm, in die Politik aufgrund moralischer Überlegungen einzugreifen, ohne zugleich Staatsmann zu sein.

Zumindest darf aber das Aufsagen des Gehorsams nicht so weit gehen, daß der sittlichen Verpflichtung zum Widerstand alle anderen Werte geopfert werden, deren Integrität ebenso wichtig ist wie der Befehl des eigenen Gewissens. Es gehört schon ein übermäßiges Vertrauen in die Richtigkeit der eigenen Ansicht dazu, die Meinung der anderen unberücksichtigt zu lassen. Zudem ist es auch vom christlichen Standpunkt aus anfechtbar, dem Gegner im Osten Divisionen zu opfern, um die Beseitigung eines Regimes zu erreichen.“ (J. F. Taylor, *der 20. Juli 1944, Anatomie einer Verschwörung*. Bremen 1968, S. 18f.)

Über die Aufrollung der deutschen Front in Rußland vor und nach Stalingrad fährt Taylor fort: „Der frühere Generalstabschef Beck hat schon im Jahre 1943 erklärt: ‚Der beabsichtigte Putsch sei nun nicht mehr notwendig. Man verfüge jetzt über genügend Vertrauensleute in Kommandostellen der Ostfront, so daß man den Krieg bis zum Zusammenbruch des Regimes regulieren könne. Diese Vertrauensleute arrangierten z. B. Rückzüge ihrer Einheiten, ohne jeweils die Nachbareinheiten zu benachrichtigen. Die Folge sei, daß die Sowjets in die so entstandenen Frontlücken einbrechen und die Front nach beiden Seiten aufrollen könnten. Diese Nachbareinheiten würden dann zum Rückzug gezwungen oder gerieten in Gefangenschaft.‘

Daß ein solches Vorgehen hohe Verluste an Menschen und Material zur Folge hatte, liegt auf der Hand. Es muß den Verschwörern schon ein verdammt hohes Menschheitsziel vorgeschwebt haben, das solche großen Opfer rechtfertigen konnte... Ein vorhandener

Notstand berechtigt zwar zum Handeln, aber nur unter Anwendung adäquater Mittel. Zu denen hätte der politische Mord gehören können, aber nie die Sabotage und der Verrat der deutschen Siegesmöglichkeiten, nicht einmal die Vernichtung Unschuldiger bei der Durchführung des Attentats.“

Entehrung deutscher Wehrmachtssoldaten – Ehrung der Landesverräter als Märtyrer

Deutschland dürfte das einzige Land in der Welt sein, das eine der schändlichsten Verratshandlungen seiner Geschichte jährlich zum Anlaß eines feierlichen Gelöbnisses seiner Soldaten nimmt. Jeweils am 20 Juli findet in der BRD eine Gelöbnisveranstaltung zum Gedenken an den angeblich von den „Nazis“ erschossenen Claus von Stauffenberg statt. In Wirklichkeit wurden Oberst Claus Schenk von Stauffenberg, Generaloberst Ludwig Beck und der General der Infanterie, Friedrich Olbricht, auf Befehl ihres Mitverschwörers Generaloberst Fritz Fromm ohne militärische Gerichtsbarkeit eiligst ermordet, um Zeugen für Fromms eigene Beteiligung am Putsch zu beseitigen. Weitere gefährliche Zeugen waren ebenfalls auf dessen Befehl verhaftet worden und sollten liquidiert werden. Doch in der Nacht trafen SS-Hauptsturmführer Dipl.-Ing. Otto Skorzeny [2] mit SS-Einheiten und der Chef des SS-Sicherheitshauptamtes, Dr. Ernst Kaltenbrunner [3], im Bendlerblock ein. Sie verboten jede weitere Füsilierung und ordneten weitere Verhaftungen an. Es gelang Fromm deshalb nicht, seine Mitverschwörung durch Erschießen der Mitwisser zu verwischen. Im April 1945 wurde auch er wegen erwiesenen Landes- und Hochverrats hingerichtet.

Im schwersten Abwehrkampf Deutschlands waren die Putschisten und ihre in höchsten Staatsämtern und Vertrauensstellungen befindlichen Hintermänner der kämpfenden Truppe in den Rücken gefallen und hatten damit ihr Land an Stalins Vergewaltigungshorden verraten. Angeblich, weil sie Hitlers Krieg beenden und Deutschland retten wollten. Dabei waren sie selbst maßgeblich am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beteiligt gewesen. Sie hatten die Briten in verantwortungsloser Weise zu militärischen Aktionen gegen das Reich gedrängt und versprochen, Hitler im Falle eines Kriegsausbruchs sofort zu stürzen. Damit aber haben sie der von der angloamerikanischen Kriegspartei befürworteten Kriegsstrategie gegen Deutschland zum Durchbruch verholfen. Das muß als schwerstes Verbrechen gegen das eigene Volk und gegen den Frieden in der Welt angesehen werden.

Von den deutschen Verschwörern und Landesverrättern gedrängt, hatten die Briten mit ihrer bedingungslosen Polen-Garantie eine provokante Politik betrieben, die Warschau in den Krieg gegen Deutschland treiben sollte. Wobei alles getan wurde, um Hitler den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben.

Die Putschisten waren durch ihre Verbindungsmänner zu den Alliierten voll darüber informiert, daß die Westmächte auch nach einem erfolgreichen Putsch nur die bedingungslose Kapitulation Deutschlands akzeptiert hätten, auch gegenüber Stalins Mord- und Vergewaltigungshorden.

1963 schrieb der schottische Referent Nicoll über die Putschisten: [4]

„Auf der anderen Seite bedeutete es für Deutschland eine gewaltige Herausforderung, zu erkennen, daß, während es bis zum letzten Atemzug buchstäblich um seine Existenz kämpfte, zahlreiche umstürzlerische Kräfte am Werk waren, um es von innen zu vernichten. Man kann die äußerste Härte, mit der gegen diese Umstürzler verfahren wurde, verstehen. Auch kann niemand daran zweifeln, daß sie in England ebenso übel gefahren wären, wenn wir es unter ähnlichen extremen Verhältnissen mit ihnen hätten aufnehmen müssen.“[5]

Hinweis: Die hier vorgenommene kleine Auswahl an Landesverrat durch sog. Widerständler könnte bändeweise fortgesetzt werden. Wer den Überblick über den gesamten Landesverrat, auch der Sowjetunion gegenüber, gewinnen will, dem sei zu diesem Thema das Buch empfohlen, das im Sommer 2006 erscheinen wird:

Meiser, Hans, *Kriegsziel Niederlage*

„...auch wenn ein ganzes Volk dafür zugrunde geht!“

Die dunkle Seite des Widerstandes gegen Hitler

Druffel-Verlag, ISBN 978 38061 1179 8

[1] siehe Goerdeler-Memorandum u.a.m.

[2] Otto Skorzeny war Mitglied der Wiener Burschenschaft Markomania

[3] Ernst Kaltenbrunner war Mitglied der Grazer Burschenschaft Arminia

[4] Nicoll, Peter H., *Englands Krieg gegen Deutschland*, Tübingen 1999 Grabert-Verlag

[5] Balzer, Karl, *Der 20. Juli und der Landesverrat*, Verlag K.W. Schütz KG, 1971)

Vita: geb. 1930 in Saarbrücken, Abitur 1952 am Neusprachlichen Gymnasium Datteln/Westfalen. 1952-1954 Studium an der Pädagogischen Akademie in Dortmund (Volksschullehrer) und seit November 1954 im Schuldienst (Ibbenbüren, NRW). Ab 1960 Weiterstudium an der Wilhelm-Universität Münster mit speziellem Abschlußexamen als Real- (1964) und Gymnasiallehrer (1970) in den Fächern Deutsch, Geschichte und Geographie. Ab 1964 Lehrtätigkeiten an Realschulen, Fachoberschulen und Gymnasien. 1972 Wechsel zum Comeniuskolleg in Mettingen (NRW). Dort Lehrtätigkeit bis 1997. 1980 Promotion (Dr. phil) an der Universität Osnabrück mit dem Dissertationsthema *Der Nationalsozialismus und seine Bewältigung im Spiegel der Lizenzpresse der britischen Besatzungszone 1946 – 1949*. Veröffentlichungen: *Rätsel um GJR*, Pattloch-Verlag; *Die Reisen des hl. Paulus*, Haugg/Calig-Verlag; *Griechenland*, Calig-Verlag; *Schlüssel zur Geschichte*, Econ-Verlag; *Stichwort Geschichte*, Knauer-Verlag; *Zum Teufel mit Schmitterhannes*, Wiermer-Verlag; *Die Hölle von Tscherkassy*, Bublies-Verlag; *Gescheiterte Friedensinitiativen 1939-1945* und *Das Tribunal. Ein deutsches Drama*, beide im Grabert-Verlag.

Podiumsdiskussion zum Themenkomplex 20. Juli 1944

von Norbert Weidner (Raczeks Breslau, Carolina Prag)

Seit dem Burschentag 2004 gibt es innerverbandliche Diskussionen, wie man den 20. Juli 1944 aus Sicht der Deutschen Burschenschaft zu bewerten habe. Anlaß war das von der damaligen Vorsitzenden Burschenschaft, der Alten Rostocker Burschenschaft Obotritia gewählte Motto „Dem deutschen Widerstand – 20. Juli 1944“. Dieses Motto war nicht mit dem Verbandsrat abgestimmt und mußte daher aus rein formalen Gründen zurückgezogen werden. Nachdem der Rechtsausschuß dies während des laufenden Burschentages bestätigt hatte, mußten auch jegliche Materialien mit dem zurückgezogenen Motto einbehalten werden, was bei einigen Bünden für Unmut sorgte.

Der Dissens auf dem Burschentag 2004, begleitet von emotionalen Diskussionen, die während der letzten Burschentage sicherlich zu den impulsivsten Momenten gehörten, führte leider zu keiner schnellen Einigung. Dennoch hätte der Burschentag als oberstes Organ der Deutschen Burschenschaft im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages das Motto nachträglich annehmen können, sofern ein Dringlichkeitsantrag gestellt worden wäre. Ein solcher Antrag hätte die nun bereits zwei Jahre keimenden Diskussionen um den 20. Juli 1944 erheblich verkürzt.

Auf dem folgenden Burschentag 2005 stellten die drei Jenaer Mitgliedsvereinigungen einen gemeinsamen Antrag, mit dem Ziel, daß sich die Deutsche Burschenschaft uneingeschränkt zum 20. Juli 1944 bekennt. Da verschiedene Strömungen innerhalb des Verbandes den Antrag als zu unpräzise formuliert sahen und ihn mißverständlich empfanden und der Auffassung waren, daß man mit Pauschalurteilen über historische Vorgänge, bei denen der Verband uneins ist, erst einmal in einem gesonderten Rahmen diskutieren müsse, wurde auf Antrag der

Burschenschaft Hilaritas Stuttgart mit großer Mehrheit der Antrag der Jenaer Bünde von der Tagesordnung genommen und gelangte so erst gar nicht zur Abstimmung. Vor allem Jenaer Bünden sicherte der Verbandsobmann für Politik und Kultur, Verbandsbruder Sven Beckendorf (Markkommania Wien) noch auf dem Burschentag daraufhin ein Seminar zum Thema zu.

Aufgrund dessen beruflicher Verhinderung übernahm der Verbandsobmann für Schulungen, Publikationen und Netzarbeit in Absprache mit ihm und der Vorsitzenden Burschenschaft im November 2005 die Organisation und Durchführung des Seminars zum Themenkomplex 20. Juli 1944. Dieses fand am Wochenende vom 17. bis 19. Februar 2006 im Eisenacher Berghotel statt. Obwohl es kein Pflichtseminar im Sinne der Beireitungsordnung war, reisten dennoch über 50 Verbandsbrüder an – ein deutlicher Indikator für den Diskussionsbedarf im Verband.

Sechs Referate, von denen in dieser Ausgabe der BBL fünf abgedruckt sind, sollten das Thema aus unterschiedlicher Sicht beleuchten. Ziel sollte sein, die unterschiedlichen Standpunkte in der Frage der Bewertung des 20. Juli 1944 den anwesenden Verbandsbrüdern deutlich zu machen und im Sinne gegenseitiger Toleranz den jeweils anderen Standpunkt zu erklären. Obwohl Vertreter verschiedener Strömungen angereist waren, glänzten mit Ausnahme zweier Alter Herren der Teutonia und dem Referenten Verbandsbruder Kaupp die Vertreter aus Jena mit Abwesenheit. Dies war bedauerlich, da das Seminar u. a. absichtlich aufgrund deren Antrages zum Burschentag 2005 organisiert worden war und sie zum Burschentag 2006 neuerlich drei Anträge zum 20. Juli 1944 gestellt haben.

Den einleitenden Vortrag am Freitag übernahm Verbandsbruder Mark Kleinschek (Alemannia Stuttgart). Er stellte die handelnden Personen, deren Funktionen und Aufgabenbereiche, den geschichtlichen Kontext und bereits ansatzweise die Gewissenskonflikte der Widerständler dar. Nach diesem Vortrag entwickelte sich bereits die erste sehr kontroverse Diskussion unter den Verbandsbrüdern, die bis spät in die Nacht andauerte. Auch die fünf am Samstag folgenden Referate wurden von zum Teil sehr emotionalen Diskussionsrunden begleitet, wobei der Vortrag von Dr. Karlheinz Weißmann herausragte. Dieser referierte zum Thema: „Das Geheime Deutschland. Die Weltanschauung des Stauffenbergkreises zwischen konservativer und nationaler Revolution“. Sehr anschaulich verdeutlichte er, daß es Claus Schenk Graf von Stauffenberg vor allem um moralische Erwägungen bei seinem Attentat ging. Die Zugehörigkeit Stauffenbergs zum Stefan George-Kreis und dessen Einordnung in den Bereich der „Konservativen Revolution“ stellte für viele Verbandsbrüder ebenso ein Novum dar wie die Einbeziehung einer philosophischen Sicht der Ereignisse. Im Anschluß an diesen Vortrag gab es daher keine emotionale Diskussion.

Sonntagmorgen fand abschließend eine Podiumsdiskussion statt, an der Stefan Teufel, Sprecher der Deutschen Burschenschaft (Alemannia Stuttgart), Dr. Wolfgang Clauß (Altherrenvorsitzender Teutonia Jena), Walter Sucher (Olympia Wien), Dr. Hans Merkel, Mitglied des Rechtsausschusses der DB/VVAB (Arminia-Rhenania München), Jens Mirow (Obotritia Rostock) und der organisierende Verbandsobmann für Schulungen, Publikationen und Netzarbeit teilnahmen. Diese Runde umfaßte Vertreter aller mit dem Thema in den letzten zwei Jahren näher konfrontierten Strömungen der Deutschen Burschenschaft: Die Vorsitzende Burschenschaft, die antragstellende Burschenschaft Teutonia Jena, die mottostellende Burschenschaft Obotritia Rostock, den Rechtsausschuß, die Burschenschaftliche Gemeinschaft und die Verbandsführung.

Aufgrund des zeitlichen Umfangs der Podiumsdiskussion ist es nicht möglich alle Stellungnahmen in ihrer Gesamtheit wiederzugeben. Die wichtigsten sollen hier jedoch exemplarisch vorgestellt werden, da sie einen Überblick über die im Verband vorherrschenden Meinungen zum Thema bieten. In einer ersten Runde bewerteten die Podiumsdiskutanten aus ihrer Sicht den 20. Juli 1944 und vor allem die Bedeutung des Widerstandes für die Deutsche Burschenschaft:

Verbandsbruder Clauß (Altherrenvorsitzender Teutonia Jena) mahnte, daß das Attentat vom 20. Juli 1944 im Sinne der burschenschaftlichen Geschichte seit 1815 ein Fanal gegen Verbrechen und Diktatur gewesen sei. Er erinnerte an das Burschenschaftlerlied, in dem es „Freiheit schreibt auf eure Fahnen, für die Freiheit unser Blut!“ heißt. Auch vorgebrachte Argumente, der 20. Juli 1944 wären Eidbruch, seien nicht stichhaltig, so Clauß. Er verwies auf Preußen, auf die Konvention von Tauroggen 1812 und auf den Philosophen und Mathematiker Christian Wolff (1679 - 1754). Jener Christian Wolff schrieb in seinem Werk „Von der Macht und Gewalt der Obrigkeit“: „Wollte aber die Obrigkeit etwas befehlen, da wir Unrecht thun müssen, als z. E. einen unschuldigen Menschen totschiessen; so muß man alsdenn allerdings seinen Gehorsam verweigern. Weil nun das natürliche Gesetz zugleich das göttliche Gesetz ist; so muß man solcher Gestalt mehr gehorchen als dem Menschen.“

In guter burschenschaftlicher Tradition und der Kenntnis des wirklichen Handelns von Adolf Hitler seien Einwände gegen den 20. Juli 1944 aus heutiger Sicht nicht stichhaltig. Unabhängig von der positiven Beurteilung des 20. Juli 1944 sollte jedem einzelnen bewußt sein, daß von der gesamten deutschen Bevölkerung während der Jahre 1933 bis 1945 große Opfer gebracht wurden. Nur in Ehrfurcht und Achtung könne der Opfer des nationalsozialistischen Regimes und der Vertreibung, insbesondere auch der Opferleistungen der deutschen Soldaten, die im 2. Weltkrieg ehrenhaft gekämpft und ihr Leben gelassen haben, gedacht werden. Verbandsbruder Clauß bedauerte abschließend, daß der Verbandsrat das zurückgezogene Motto im Jahre 2004 nicht rückwirkend genehmigt hat.

Verbandsbruder Mirow (Obotritia Rostock), dessen Bund im Jahre 2004 den Mottovorschlag einbrachte, erwiderte Verbandsbruder Clauß, daß sich sein Bund sicherlich sagen lassen müsse, in der Deutschen Burschenschaft eine unnötige, weil nicht zu lösende Diskussion entfacht zu haben, sich aber nicht für die Reaktion der Burschenschaft Teutonia Jena beziehungsweise einiger anderer Bünde mit Austrittsgedanken verantwortlich machen ließe. Erklärend brachte er vor, daß die von Verbandsbruder Clauß geforderte nachträgliche Genehmigung des Mottos durch den Verbandsrat rechtlich unmöglich gewesen und Verbandsbruder Clauß dies schon auf dem Burschentag 2004 erklärt worden sei. Weiterhin erklärte er rückblickend, daß die Wahl des Mottos aus der Überzeugung entstand, daß es sich bei den sogenannten Widerständlern um ehrbare Deutsche handelte, die aus Sorge um ihr Vaterland agierten. Damit sei nach der Auffassung seines Bundes in keiner Weise der deutsche Soldat an der Front diskreditiert, wie es der heutige Zeitgeist gerne unternimmt. Es sollte folglich nicht einem politisch korrekten „die Verbrechersoldaten vs. die guten Widerständler“ das Wort geredet werden. Auf der anderen Seite sei die Umkehrung ebensowenig richtig. Er folgerte, daß dem Verband bei der Bewertung des 20. Juli 1944 nur zwei Möglichkeiten daraus blieben: Entweder aufeinander zuzugehen oder es bei dem Thema aus offensichtlichen Gründen zu belassen.

Verbandsbruder Merkel vom Rechtsausschuß (Arminia-Rhenania München) führte aus, daß die Bewertung des 20. Juli 1944 auch für uns Heutige deshalb eine Gewissensfrage sei, weil wir, wie die damals vor der Entscheidung Stehenden, sagen müßten, was in der damaligen Lage für einen Patrioten Vorrang gehabt habe: das um seine Existenz ringende Reich oder das verletzte Menschenrecht. Die Redlichkeit erfordere, diese Antwort aus dem damaligen

Zeitverständnis heraus zu geben und nicht von Tatsachen abhängig zu machen, die erst hinterher bekannt geworden seien. Als Antwort auf eine Gewissensfrage sei sie höchstpersönlicher Natur und dürfe daher nicht verordnet werden – auch nicht durch eine die Deutsche Burschenschaft und ihre Mitglieder insgesamt bindende Mehrheitsentscheidung des Burschentages. Die Abstimmung des Burschentages in der Sache sei daher entweder im vorhinein zu verhindern oder im nachhinein aufzuheben: wegen Unzulässigkeit. Beides sei Aufgabe des Rechtsausschusses, sofern er mit dieser Sache befaßt würde, was gewiß erwartet werden könne.

Gegen Widersprüche einzelner aus dem Auditorium, daß Verbandsbruder Merkel das Thema 20. Juli 1944 mit dem heutigen Traditionsverständnis der Bundeswehr verbunden habe, legte er dar, daß hier ein zwingender Zusammenhang gegeben sei. Denn mit der einseitigen Hervorhebung des 20. Juli 1944 als für die Bundeswehr einzigem verbindlichen Vorbild aus der Zeit der Wehrmacht seien gleichzeitig die Verbindungslinien zur Wehrmacht als Traditionsvermittler in Sachen Gehorsam, Disziplin und Tapferkeit praktisch in Gänze abgeschnitten worden. Dies laufe dem Wesen von Streitkräften, die im Ernstfall funktionieren müßten, diametral entgegen. Daher gehöre einerseits die Wehrmachtstradition bewahrt, ohne dabei andererseits die Gewissensentscheidung der Täter des 20. Juli 1944 als unpatriotisch in Frage zu stellen.

Stefan Teufel als Vertreter der Vorsitzenden Burschenschaft (Alemannia Stuttgart) lobte erst einmal, daß der Verband in der Lage sei, über solch kontroverse Themen offen und frei zu diskutieren. Er freue sich, daß sich fast alle anwesenden Verbandsbrüder rege an den Diskussionen beteiligten. Zudem warnte er davor, daß das Thema 20. Juli 1944 zu einer innerverbandlichen Eskalation führen könnte, obwohl die Differenzen in den Auffassungen verschiedener Verbandsbrüder nur in einigen wenigen Punkten bestehen würden und eine solche Zuspitzung des Themas zum Burschentag unnötig wäre. Er befürchtete, daß das Thema 20. Juli 1944 für einige Bünde zum Anlaß genommen werden könnte, aus der Deutschen Burschenschaft auszutreten. Dementsprechend appellierte Verbandsbruder Teufel an alle Verbandsbrüder, zum Burschentag eine faire und konsensorientierte Diskussion zu führen und keinen Konfrontationskurs einzuschlagen, denn dieser könnte nur zum Schaden der Deutschen Burschenschaft sein.

Der Vertreter der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, Verbandsbruder Sucher (Olympia Wien) erklärte, daß es unmöglich wäre, jedem Mitglied vorzuschreiben, wie es in einer historischen Sache zu denken habe. Jeder vorgebende Beschluß zur Thematik widerspräche der burschenschaftlichen Freiheit. Weiterhin war er der Ansicht, daß es historisch auch wichtig wäre, zu berücksichtigen, daß 1944, in Zeiten der von den Alliierten bereits geforderten bedingungslosen Kapitulation, das Attentat zu Lasten des Reiches gegangen wäre. Eine andere Beurteilung hätte erfolgen müssen, wäre es in Zeiten des Friedens passiert.

Nachdem die erste Runde den Podiumsdiskutanten vorbehalten war, entstand mit den restlichen Teilnehmern eine emotional recht impulsive Diskussion, wobei aus verständlichen Gründen nur einige Positionen wiedergegeben werden können, die aber den Großteil der gefallenen Äußerungen abdecken:

Verbandsbruder Hinrichs (Redaria-Allemania Rostock) meinte, daß die Deutsche Burschenschaft sich deshalb zum 20. Juli 1944 äußern müsse, weil es eine Aussage zu treffen gelte, wie der Verband zu einer Führung stehe, die zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Vernichtung von Menschen auf industrieller Basis durchgeführt habe. Er bedauerte den Versuch einiger, eine Abstimmung über den deutschen Widerstand zu verhindern, weil ein Votum über den 20. Juli 1944 gegen die Gewissensfreiheit verstoße und

daher nicht erfolgen könne. Zudem vermöge er nicht zu erkennen, was die Behandlung des Antrags mit Gewissensfreiheit zu tun habe. Es ginge ausschließlich um die Stellungnahme zu einem historischen Ereignis. Eine Ausflucht über Formalien dürfe es nicht geben. Falls sich jedoch die Meinung durchsetze, es handle sich um eine Frage, die die Gewissensfreiheit tangiere, müsse berücksichtigt werden, daß der Burschentag in der Vergangenheit über derartige Fragen durchaus entschieden habe.

Abschließend äußerte er die Meinung, daß eine Antragsformulierung mit einem Minimalkonsens gefunden werden müsse, und zwar auch im Interesse eines Zusammenhalts des Verbandes. Verbandsbruder Hinrichs betonte allerdings, daß er selbst uneingeschränkt für den deutschen Widerstand und die Männer und Frauen des 20. Juli einträte, und zwar insbesondere aus der Sicht all derer, die Leidvolles in Deutschland und der Welt nach dem 20. Juli 1944 durch Hitler ertragen mußten.

Ähnlich positionierte sich Verbandsbruder Frisch (Teutonia Jena), der nach den Vorträgen konstatierte, daß die drei Tage des Seminars ihm noch einmal deutlich gemacht hätten, daß es heute keine andere Sichtweise auf die Männer des Widerstands um den 20. Juli 1944 geben könne, als ihnen hohen Respekt, Achtung und Dank entgegenzubringen. Der Versuch bestimmter Burschenschafter in ein solches Bekenntnis zum 20. Juli 1944 eine irgendwie geartete Stellungnahme gegen den ehrenwerten Kampf der Frontsoldaten und -offiziere hinein zu interpretieren, sei ihm völlig unverständlich. Jeden Soldaten und Offizier, der seinem Eid treu geblieben und ehrenhaft gekämpft habe, würde er respektieren und ehren. Den gleichen Respekt und wahrhaft ehrenhaftes Verhalten sei aber denjenigen zu bescheinigen, die – in Kenntnis unmenschlicher Verbrechen des durch den Eidnehmer personifizierten Regimes – sich unter Gefahr für Leib und Leben der eigenen Person und der eigenen Familie zum Tyrannenmord durchgerungen hätten.

Unverständlich blieb ihm der Widerspruch, wie gerade diejenigen Burschenschafter, die mit großem Elan am 190. Jahrestag der Burschenschaftsgründung einen Schiller-Kommers veranstalteten, und damit den deutschen Dichter ehrten, der den Tyrannenmord geradezu verherrlichte, aber den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 diese Ehre absprechen würden. Er wertete die Argumente gegen die Widerstandskämpfer in Kenntnis all dessen, was den Tätern damals schon und erst recht heute uns allen bekannt sei, als vorgeschoben, unaufrichtig oder ideologisch verblendet, worauf immer das zurückzuführen sein möge. Er vermutete, daß es 2004 nicht formale Gründe waren, die zahlreiche Burschenschaften – mehrheitlich der BG – zur Absetzung des Mottos veranlaßte. Er schloß Konsequenzen nicht aus und sprach auch von einem möglichen Austritt seines Bundes aus der Deutschen Burschenschaft.

Als Sprecher der Burschenschaftlichen Gemeinschaft faßte deren Sprecher, Verbandsbruder Brinkhoff (Danubia München) den Standpunkt der größten innerverbandlichen Interessengruppe nochmals aus seiner Sicht zusammen: Nachdem die Deutsche Burschenschaft sich bereits zwei Jahre mit diesem Thema beschäftigen müsse, erstaune es, daß auf dem Seminar insbesondere die Burschenschaften nicht oder nur sehr schwach vertreten wären, denen diese Thematik so außerordentlich wichtig zu sein scheine und die auch zum Burschentag 2006 eine Flut von Anträgen in dieser Sache gestellt hätten. Er schloß sich der Argumentation an, daß es ausgesprochen schwierig sei, eine solche Gewissensfrage zum Gegenstand einer Positionierung der Deutschen Burschenschaft machen zu wollen. Verbandsbruder Brinkhoff äußerte sein Unverständnis, warum die Deutsche Burschenschaft nach langer Debatte und offensichtlich unterschiedlicher Bewertung unbedingt zu einer einheitlichen Position kommen solle. Man könne gerade nach der intensiven Beschäftigung im Rahmen des Seminars doch auch zu dem Schluß kommen, daß die Bewertung bewußt offen gelassen werden müsse. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß mit der Durchführung

des Seminars dieses Thema für die Deutsche Burschenschaft endlich in der freiheitlichen Weise erledigt sei, und daß jeder für sich höchst selbst zu entscheiden vermag, wie er zu diesem Themenkomplex stehe.

Nach den Diskussionsbeiträgen zeigte sich eines sehr deutlich: Es ist zu kurz gedacht, die Kritiker der uneingeschränkten Ehrung des 20. Juli 1944 der indirekten Rehabilitierung des Nationalsozialismus zu verdächtigen, genauso wie es zu kurz gedacht ist, denjenigen zu unterstellen, die den 20. Juli 1944 ehren möchten, daß sie den deutschen Frontsoldaten unaufrichtiges Handeln vorwerfen. In den Referaten, aber auch in den Diskussionen kristallisierte sich der Konflikt um die „richtige“ Gewissensentscheidung heraus. Was ist höher zu bewerten: Das mutige Aufbäumen gegen das Regime oder der Kampf um das Reich, gegen den Bolschewismus und gegen die „bedingungslose Kapitulation“? Angesichts der Tatsache, daß es schier unmöglich ist, sich in die damaligen Gewissenskonflikte und die damit einhergehenden moralischen Entscheidungen hineinzusetzen, darf nicht vergessen werden, daß über 40.000 Burschschafter sich für den Kampf um das Reich und für den soldatischen Eid entschieden haben. Ziel sollte daher sein, daß die Deutsche Burschenschaft in ihrer Vielschichtigkeit begriffen wird und daß das Andenken an alle Burschschafter gewahrt bleibt, die in jener Zeit aufgrund unterschiedlicher Gewissensentscheidungen der Auffassung waren, ihre Pflicht als Burschschafter zu erfüllen.

Vita: Geboren 1972 in Bonn, Diplom-Wirtschaftsjurist (FH), ist seit 2003 Verbandsobmann der Deutschen Burschenschaft für Schulungen, Publikationen und Netzarbeit. Mitglied der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks (1999) sowie der Akademischen Burschenschaft Carolina zu Prag in München (2005).

Die Artikel sind Ergebnis eines Seminars der Deutschen Burschenschaft zum Themenkomplex 20. Juli 1944, veranstaltet im Eisenacher Berghotel am Wochenende vom 17. bis 19. Februar 2006. Die Vortragstexte von Hans Merkel und Dr. Hans Meiser sind länger, als die in der Ausgabe Nr. 2-2006 der Burschenschaftlichen Blätter abgedruckten Manuskripte. Der Vortragstext von Dr. Karlheinz Weißmann ähnelt dem ursprünglich gehaltenen Vortrag lediglich annähernd, da der Vortrag überwiegend frei gehalten wurde.

© Deutsche Burschenschaft (Abdruck und Verwertung ohne Genehmigung nicht zulässig)